

Wilfried Marxer

# **RECHTSEXTREMISMUS IN LIECHTENSTEIN**

## **MONITORINGBERICHT 2014**

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 52 (2015)

Liechtenstein-Institut  
Forschung und Lehre



Dr. Wilfried Marxer  
Politikwissenschaftler, Direktor und Forschungsleiter Politikwissenschaft  
des Liechtenstein-Instituts

wilfried.marxer@liechtenstein-institut.li

Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 52 (2015)  
Fachbereich Politikwissenschaft

<http://dx.doi.org/10.13091/li-ap-52>

Die Verantwortung für die Arbeitspapiere liegt bei den jeweiligen Autoren.

© Liechtenstein-Institut 2015

Liechtenstein-Institut  
Auf dem Kirchhügel  
St. Luziweg 2  
9487 Bendern  
Liechtenstein  
T +423 / 373 30 22  
F +423 / 373 54 22  
[info@liechtenstein-institut.li](mailto:info@liechtenstein-institut.li)  
[www.liechtenstein-institut.li](http://www.liechtenstein-institut.li)

## INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG .....	4
2. EREIGNISSE UND ENTWICKLUNGEN.....	4
GEWALTVOEFÄLLE .....	4
SONSTIGE EREIGNISSE.....	4
GERICHTSFÄLLE .....	6
3. VERHALTEN VON BEHÖRDEN UND NICHTSTAATLICHEN AKTEUREN.....	6
MASSNAHMEN.....	6
STELLUNGNAHMEN, STUDIEN, VERANSTALTUNGEN .....	6
4. FAZIT.....	6
LITERATUR, DOKUMENTE, QUELLEN.....	7
LITERATUR UND BERICHTE IN UND AUS LIECHTENSTEIN .....	7
DOKUMENTE IN UND AUS LIECHTENSTEIN .....	8
DOKUMENTE ZU UND ÜBER LIECHTENSTEIN.....	9
LITERATUR AUSLAND.....	9
ZEITUNGEN LIECHTENSTEIN (INKL. ONLINEARTIKEL) .....	10
INTERNETARTIKEL.....	10
VIDEOBEITRÄGE (ONLINE).....	10
LINKS UND ADRESSEN .....	10
LINKS BEHÖRDEN .....	10
LINKS GEGEN RASSISMUS, RECHTSEXTREMISMUS UND GEWALT .....	10
LINKS UND ADRESSEN JUGENDTREFFS BZW. VLJ-MITGLIEDER .....	11
INTERNET-SUCHE .....	11
AUSZUG AUS DEM STRAFGESETZBUCH .....	12
ANHANG 1: PRESSEDOKUMENTATION .....	13
ANHANG 2: ONLINE-DOKUMENTE.....	21
ANHANG 3: KAMPAGNE, BEHÖRDEN, STATEMENTS .....	25
ANHANG 4: DOKUMENTE AUS DER SZENE .....	38

## 1. EINLEITUNG

Das Liechtenstein-Institut in Bendern wurde von der Gewaltschutzkommission (GSK) der Regierung damit beauftragt, über einen Zeitraum von fünf Jahren eine jährliche Dokumentation über rechtsextreme Vorfälle zu erstellen. Der Monitoringbericht ist ein Bestandteil des Massnahmenkatalogs gegen Rechtsextremismus (MAX), der für die Dauer von 2010 bis 2015 von der Regierung beschlossen wurde. Damit wird auch eine Empfehlung des UNO-Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) umgesetzt.

Die fünfte nun vorliegende Dokumentation bezieht sich auf das Jahr 2014. Der Bericht dokumentiert Vorkommnisse mit rechtsextremem Hintergrund, aber auch Massnahmen und Kampagnen gegen den Rechtsextremismus, ferner auch Medienberichte in Zeitungen und auf Onlineplattformen.

Im Berichtsjahr 2014 fiel die rechtsextreme Szene wie im Vorjahr insbesondere mit Aktionen der „Europäischen Aktion“ und der „Volkstreuen Jugend Fürstentum Liechtenstein“ auf. Diese international vernetzten Gruppierungen traten vor allem mit Internetverlautbarungen in Erscheinung.

Gewaltaktionen wurden 2014 nicht bekannt und es fanden auch keine Gerichtsverfahren zu Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund statt.

## 2. EREIGNISSE UND ENTWICKLUNGEN

Nachstehend werden alle Ereignisse, Gerichtsvorfälle, Massnahmen, Stellungnahmen sowie Studien und Veranstaltungen, welche öffentlich dokumentiert sind und sich direkt oder indirekt mit der Materie Rechtsextremismus in Liechtenstein befassen, in chronologischer Ordnung angeführt.

### Gewaltvorfälle

Im Jahr 2014 kam es zu keinen registrierten Gewaltvorfällen, welche in Verbindung mit der rechtsextremen Szene gebracht werden können. Es sind auch keine Vorfälle, die einen ausländergefeindlichen Hintergrund hätten bzw. aus diesem entstanden wären, dokumentiert.

### Sonstige Ereignisse

Im Jahr 2014 trat wie in den Vorjahren insbesondere die „Europäische Aktion“ in Erscheinung. Die nachstehend genannten Ereignisse sind nicht zwingend vollständig, da es immer davon abhängig ist, ob eine entsprechende Meldung eingeht. Geistiger Vater der Europäischen Aktion ist der Schweizer Bernhard Schaub, ein bekannter Holocaustleugner. Mit der Europäischen Aktion versucht er, rechtsextreme Gruppierungen in Europa zusammenzubringen. Auf der Website (<http://www.europaeische-aktion.org>) werden die Ziele der Organisation vorgestellt. Seit mehreren Jahren werden die Ziele der Europäischen Aktion mit Flugblättern und weiteren Aktionen in Liechtenstein verbreitet. Es finden auch regelmässig internationale Treffen mit Beteiligung von Aktivisten aus Liechtenstein statt. Das Symbol

der Europäischen Aktion, welches auf den Flugblättern abgedruckt ist, ist das Kruckenkreuz. Dieses kann als eine Art Ableitung des Hakenkreuzes gesehen werden und war auch im autoritär geführten Österreichischen Ständestaat 1934 bis 1938 das Symbol der Vaterländischen Front und des Ständestaates.

**Die nachfolgende Chronologie listet die verschiedenen Aktionen im Jahr 2014 auf.**

Am 18. Februar 2014 meldete sich die „Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein“ auf ihrer Website „mit frischem Wind und einem überarbeiteten Strategiemodell im Aufklärungsfeldzug der Wahrheit zurück“, sprach mit Blick auf die Schweizer Volksabstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative vom „organisierten Willen des Volkes gegen eine lebensbedrohliche Masseneinwanderung rassistisch und kulturell fremder Völker“ und kündigte auch eine mehrteilige Stellungnahme zum Staat Israel an, die später auf der Website publiziert wurde (siehe Anhang).

Am 4. April 2014 soll Zeitungsberichten und Berichten der „Europäischen Aktion“ zufolge eine Zusammenkunft der Europäischen Aktion und der deutschen Jungen Nationaldemokraten (JN) in Liechtenstein und der Ostschweiz stattgefunden haben. Darüber berichtete auch die „JN – Die Jugend für Deutschland“ auf ihrer eigenen Website. Die JN ist die Jugendorganisation der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands). Sie wird vom deutschen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft.

Am 5. Mai 2014 wurde der Monitoringbericht 2013 zum Rechtsextremismus den Medien vorgestellt und löste eine entsprechende Berichterstattung in den Landeszeitungen, 1FLTV, Radio L sowie der Online-Ausgabe des St. Galler Tagblattes aus.

Am 14. Mai 2014 reagierte die „Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein“ auf ihrer Website auf den Monitoringbericht. Im Verlauf des Jahres kommentierte die Volkstreue Jugend auf ihrer Website auch zahlreiche andere Ereignisse.

Im August soll die „Europäische Aktion“ nach deren Information auf deren eigener Website „an zahlreichen exponierten Standorten in Begleitung eines mit LED-Lichtschläuchen bestückten Stofftransparentes“ in Erscheinung getreten sein. Im gleichen Bericht wurde „der weltweit installierte Machtapparat der Zionisten“ kritisiert, der „gegenwärtig die perversen Mittel zur Versklavung der Völker“ in den Händen halte. „Demokraten“ wurden als „Erfüllungsgehilfen zur Umsetzung des genetischen Völkermordes an den Europäern, welche unter Regie des angloamerikanisch-jüdischen Weltherrschaftskommandos“ stehen sollen, gebrandmarkt.

Am 3. September 2014 wurden im Landtag zwei Kleine Anfragen zu Rassendiskriminierung und zu Terrororganisationen/Dschihadisten aus EU-Ländern gestellt, die von der Regierung am 5. September beantwortet wurden.

Seit September 2014 betreibt die „Europäische Aktion Liechtenstein“ zusätzlich eine eigene Facebook-Seite, auf welcher regelmässig das nationale und internationale Geschehen aus der Perspektive der Europäischen Aktion kommentiert wird.

Am 21. Oktober 2014 wurde im Landtag eine Interpellation zur Verhinderung von radikalem Gedankengut eingereicht, welche an der Sitzung vom 3. Dezember an die Regierung überwiesen wurde. Die Beantwortung durch die Regierung erfolgte am 24. März 2015 und ist daher nicht mehr Gegenstand dieses Berichtes.

#### **Gerichtsfälle**

Im Jahr 2014 sind keine Gerichtsfälle mit rechtsextremem Hintergrund bekannt geworden.

### **3. VERHALTEN VON BEHÖRDEN UND NICHTSTAATLICHEN AKTEUREN**

#### **Massnahmen**

Im Jahr 2014 erfolgten keine spezifischen Massnahmen gegen den Rechtsextremismus. Der Rechtsextremismus und generell der Extremismus waren jedoch Thema in verschiedenen Interviews und Presseberichten, ferner erfolgten auch im Landtag mehrere Kleine Anfragen und eine Interpellation wurde eingereicht.

#### **Stellungnahmen, Studien, Veranstaltungen**

Am 5. Mai 2014 wurde der Rechtsextremismusbericht 2013 den Medien vorgestellt. Darüber berichteten die liechtensteinischen Tageszeitungen, Radio Liechtenstein und 1FLTV, ferner auch das St. Galler Tagblatt auf dem Online-Portal. Die Medienorientierung erfolgte durch Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, Polizeichef Jules Hoch und Autor Wilfried Marxer.

Rassendiskriminierung, Extremismus und Dschihadismus waren auch Themen von Kleinen Anfragen im Landtag im September sowie einer Interpellation im Dezember 2014 (s. weiter oben und im Anhang). Polizeichef Jules Hoch gab zu diesen Fragen am 28. Oktober 2014 ein Interview im Liechtensteiner Vaterland, wobei es vor allem um die Terrormiliz Islamischer Staat und die Gefahren für Liechtenstein ging.

### **4. FAZIT**

Die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen beschränkten sich im Jahr 2014 weitgehend auf Internetbotschaften der „Europäischen Aktion“ und der „Volkstreuen Jugend Fürstentum Liechtenstein“. Die Aktivitäten bewegen sich ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres. Gewaltvorfälle mit rechtsextremem Hintergrund sind nicht bekannt geworden und auch entsprechende Gerichtsfälle sind im Jahr 2014 keine zu verzeichnen.

## LITERATUR, DOKUMENTE, QUELLEN

### Literatur und Berichte in und aus Liechtenstein

- Amt für Auswärtige Angelegenheiten Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2007): Integration der ausländischen Bevölkerung in Liechtenstein. Bestandsaufnahme zu den Fakten, Ursachen, Massnahmen und zum integrationspolitischen Handlungsbedarf, verfasst für die Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. August 2007. Vaduz.
- Amt für Soziale Dienste (Hg.) (1999): Rechtsradikalismus in Liechtenstein. Analyse und Massnahmenkatalog. 1999. Schaan.
- Amt für Soziale Dienste (Hg.) (2007): Liechtensteinische Jugendstudie 2006 „Lebensbedingungen und Einstellungen von 12- bis 21-jährigen jungen Menschen in Liechtenstein“. Endbericht der standardisierten Fragebogenerhebung. März 2007. Wien.
- Eser Davolio, Miryam; Drilling, Matthias (2009): Rechtsextremismus im Fürstentum Liechtenstein. Eine qualitative Studie zu Hintergründen und Herangehensweisen. Eine Studie im Auftrag der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein. Fachhochschule Nordwestschweiz. Basel.
- Gewaltschutzkommission Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2008): Abschlussbericht „Respect bitte!“. Präventionskampagne Jugendgewalt der Gewaltschutzkommission. Dezember 2008. Vaduz.
- Marxer, Veronika (2008): Fordern und Fördern: Perspektiven der liechtensteinischen Integrationspolitik. Bendern (Beiträge Liechtenstein-Institut, 43).
- Marxer, Wilfried (2014): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2013. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 46).
- Marxer, Wilfried (2013): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2012. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 39).
- Marxer, Wilfried; Russo, Marco (Hg.) (2012): Liechtenstein – Stärke durch Vielfalt. Innsbruck: Innsbruck University Press (Edition Weltordnung – Religion – Gewalt, 11).
- Marxer, Wilfried (Hg.) (2012): Migration. Fakten und Analysen zu Liechtenstein. Bendern: Liechtenstein-Institut.
- Marxer, Wilfried (2012): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2011. Unter Mitarbeit von Christoph Selner. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 33).
- Marxer, Wilfried (2011): Rechtsextremismus in Liechtenstein. Monitoringbericht 2010 (unter Mitarbeit von Christoph Selner). Inkl. Anhänge: Dokumentation „Presseberichte Teil 1“, Dokumentation „Presseberichte Teil 2“, Dokumentation „Online-Beiträge“, Dokumentation „Kampagnen, Behördenaktivitäten, Statements“, Dokumentation „Szeneaktivitäten“. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 30).
- Marxer, Wilfried (2008): Ausländerinnen und Ausländer in Liechtenstein. Soziale und politische Dimensionen. Bendern (Beiträge Liechtenstein Institut, 41).
- Marxer, Wilfried (2008): Religion, Religiosität und religiöse Toleranz in Liechtenstein: Empirische Befunde aus der Umfrageforschung. Bendern (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 22).

Marxer, Wilfried (2007): Migration und Integration in Liechtenstein. Geschichte, Probleme, Perspektiven. Studie zuhanden der NGO-Arbeitsgruppe „Integration“ (Mitarbeit: Manuel Frick). BERN (Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut, 8).

#### Dokumente in und aus Liechtenstein

Amt für Auswärtige Angelegenheiten (2014): Länderbericht Liechtenstein. Vierter Bericht gemäss Art. 25 Abs. 1 der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995. 25. März 2014. Vaduz.

Amt für Auswärtige Angelegenheiten (Hg.) (2009): Länderbericht Liechtenstein. Dritter Bericht gemäss Art. 25 Abs. 1 der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995. 17. März 2009. Vaduz.

Ausländer- und Passamt (Hg.) (2010): Liechtenstein – Stärke durch Vielfalt. Integrationskonzept 2010. (Verabschiedet durch die Regierung im Jahr 2010). Ausländer- und Passamt in Zusammenarbeit mit der Kommission für Integrationsfragen und in Abstimmung mit dem Schulamt, dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten sowie dem Arbeitsmarktservice. Vaduz.

Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2003): Jahresbericht 2003 der Arbeitsgruppe für einen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus (NAP) zu Handen der Regierung. 22. Dezember 2003.

Gewaltschutzkommission (Hg.) (2011): Handbuch zur Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen unter besonderer Berücksichtigung von Jugendschutz und Gewaltprävention (auf Empfehlung der Vorsteherkonferenz, der liechtensteinischen Gemeinden und der Gewaltschutzkommission der Regierung (Download auf [www.gewaltschutz.li](http://www.gewaltschutz.li), [www.landespolizei.li](http://www.landespolizei.li) oder den Gemeindeportalen).

Gewaltschutzkommission (Hg.) (2010): Massnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus. MAX 2010-2015.

Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Liechtensteinisches Landesgesetzblatt, Jahrgang 2000 Nr. 80, ausgegeben am 30. März 2000.

Landespolizei Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2013): Jahresbericht 2012. Vaduz.

Landesverwaltung Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2013): Landtag, Regierung und Gerichte 2012. Rechenschaftsberichte und Landesrechnung. Gewaltschutzkommission der Regierung (GSK). S. 152–153.

Presse- und Informationsamt Fürstentum Liechtenstein (Hg.) (2009): Pressebulletin Nr. 11/2009. Inneres. Aktuelle Studie „Rechtsextremismus in Liechtenstein“ liegt vor. 3. Dezember 2009. Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2012): Basisdokument des Fürstentums Liechtenstein für die Staatenberichte zu den Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen. Stand: Januar 2012. Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2012): Liechtenstein. Zweiter Länderbericht für die Universelle Periodische Überprüfung (UPR) des UNO-Menschenrechtsrats. (16. Oktober 2012). Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2011): Liechtenstein. Vierter, fünfter und sechster Länderbericht gemäss Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965. Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2008): Liechtenstein. Erster Länderbericht für die Universelle Periodische Überprüfung (UPR) des UNO-Menschenrechtsrats. (26. August 2008). Vaduz.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2005): Liechtenstein. Zweiter und dritter Länderbericht unter Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965. (23. November 2005). Vaduz.

#### **Dokumente zu und über Liechtenstein**

CERD - Committee on the Elimination of Racial Discrimination (2012): Consideration of reports submitted by States parties under article 9 of the convention. (31 August 2012). o.O.

CERD - Ausschuss zur Beseitigung von Rassendiskriminierung (Hg.) (2007): Behandlung der Staatenberichte, vorgelegt nach Artikel 9 des Übereinkommens. Abschliessende Bemerkungen des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung: Liechtenstein.

CERD - Committee on the Elimination of Racial Discrimination (Hg.) (2007): Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung. Siebzigste Tagung, 19. Februar-9. März 2007. Behandlung der Staatenberichte, vorgelegt nach Artikel 9 des Übereinkommens. Abschliessende Bemerkungen des Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung. 7. Mai 2007.

ECRI - Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (2013): ECRI-Bericht über Liechtenstein. (Vierte Prüfungsrunde). Verabschiedet am 5. Dezember 2012/Veröffentlicht am 19. Februar 2013. Strassbourg.

ECRI - Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (2008): Dritter Bericht über Liechtenstein. Verabschiedet am 14. Dezember 2007. 29. April 2008. Strassbourg.

ECRI - Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (2003): Zweiter Bericht über Liechtenstein. Verabschiedet am 28. Juni 2002. Strassbourg.

ECRI - Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.) (1998): ECRI länderspezifischer Ansatz. Bericht über Liechtenstein. März 1998. Strassbourg.

Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen (Hg.) (2010): Fürstentum Liechtenstein Länderbericht über Menschenrechtspraktiken 2009.

#### **Literatur Ausland**

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2010): Strategien gegen Rechtsextremismus in der Schweiz – Akteure, Massnahmen und Debatten. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2009): Rechtsratgeber – Rassistische Diskriminierung, 2. Auflage. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2007): Rechtsextremismus bekämpfen: wirk-  
same Massnahmen und griffige Arbeitsinstrumente für Gemeinden. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (2005): Wie sagen wir es den Medien? Gegen  
Rassismus und Diskriminierung, für bessere Integration – Anregungen für die Öffentlich-  
keitsarbeit. Bern.

Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hg.) (o.J.): Jugendliche und Rechtsextremismus: Op-  
fer, Täter, Aussteiger – Wie erfahren Jugendliche rechtsextreme Gewalt, welche biogra-  
fischen Faktoren beeinflussen den Einstieg, was motiviert zum Ausstieg? Bern.

#### **Zeitungen Liechtenstein (inkl. Onlineartikel)**

Liechtensteiner Vaterland. [[www.vaterland.li](http://www.vaterland.li)]

Liechtensteiner Volksblatt. [[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)]

Liewo (Neue Liechtensteiner Woche). [<http://www.liewo.li>]

flash - Das Jugendmagazin der Jugend-Drehscheibe VLJ [[www.vlj.info](http://www.vlj.info)]

#### **Internetartikel**

Europäische Aktion. [<http://www.europaeische-aktion.org/>]

Europäische Aktion Liechtenstein [<https://www.facebook.com/EALiechtenstein>]

JN Junge Nationaldemokraten [<http://alt.jn-buvo.de/>]

Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein [<http://logr.org/vjfl/>]

#### **Videobeiträge (online)**

Liechtensteiner Volksblatt. [<http://www.volksblatt.li/>]

1 FLTV. [<http://www.1fl.li/>]

## **LINKS UND ADRESSEN**

#### **Links Behörden**

Gewaltschutzkommission Fürstentum Liechtenstein. [[www.gewaltschutz.li](http://www.gewaltschutz.li)]

Landespolizei (Pressemitteilungen - Archiv). [[www.landespolizei.li](http://www.landespolizei.li)]

Landesverwaltung (Amt für Soziale Dienste). [[www.llv.li](http://www.llv.li)]

Portal des Fürstentums Liechtenstein. [[www.liechtenstein.li](http://www.liechtenstein.li)]

Regierung des Fürstentums Liechtenstein. [[www.regierung.li](http://www.regierung.li)]

#### **Links gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt**

Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München  
[<http://www.aida-archiv.de/index.php>]

Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA), Schweiz, mit einer Chronologie  
rechtsextremistischer Vorfälle, erstellt vom Journalisten Hans Stutz [<http://chronologie.gra.ch/>]

Linksammlung der Gewaltschutzkommission des Fürstentums Liechtenstein  
[<http://www.gewaltschutz.li/Links/tabid/62/Default.aspx>]

#### **Links und Adressen Jugendtreffs bzw. VLJ-Mitglieder**

Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen [[www.vlj.info](http://www.vlj.info)]

Alle VLJ Mitglieder mit Hinweisen zu den Jugendtreffs unter:

[<http://www.euro26.li>]

aha-Tipps & Infos für junge Leute Schaan

Camäleon Vaduz

Haus Gutenberg, Balzers / Jugend- & Bildungshaus

Jugendarbeitsgemeinschaft Gamprin, Schellenberg und Ruggell

Jugendkoordination, Jugendraum Mauren

Jugendtreff Kontrast Triesen

Jugendtreff Zuber Planken

Jugendtreffpunkt Pipoltr Triesenberg

Offene Jugendarbeit Schaan

Offene Jugendarbeit/Jugendtreffpunkt Scharmotz Balzers

Offene Kinder & Jugendarbeit Eschen/Nendeln

#### **INTERNET-SUCHE**

Die Abfrage im Internet erfolgt unter den folgenden Schlagworten (in Kombination mit Liechtenstein):

- Rechte Szene
- Rechtsextremismus
- Rechtsradikalismus
- Rassismus
- Skin(heads)
- Neonazi
- Hakenkreuz

## AUSZUG AUS DEM STRAFGESETZBUCH

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB) vom 24. Juni 1987, LGBl. 1988 Nr. 37 (§ 283 abgeändert durch LGBl. 2000 Nr. 36).

### § 283 Rassendiskriminierung

1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren ist zu bestrafen, wer

1. öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufreizt,
2. öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind,
3. mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,
4. öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Gebärdensprachen, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert,
5. öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Gebärdensprachen, Tätlichkeiten oder in anderer Weise Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen versucht,
6. eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert,
7. sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt, deren Tätigkeit darin besteht, Rassendiskriminierung zu fördern oder dazu aufzureizen.

2) Ebenso ist zu bestrafen, wer Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Abbildungen oder andere Gegenstände dieser Art, die eine Rassendiskriminierung im Sinne von Abs. 1 zum Inhalte haben,

1. zum Zwecke der Weiterverbreitung herstellt, einführt, lagert oder in Verkehr bringt,
2. öffentlich anpreist, ausstellt, anbietet oder zeigt.

3) Abs. 1 und 2 kommen nicht zur Anwendung, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der sachgerechten Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.

Im Internet: [http://www.gesetze.li/get\\_pdf.jsp?PDF=1988037.pdf](http://www.gesetze.li/get_pdf.jsp?PDF=1988037.pdf) (Seite 161–162)

\*\*\*\*\*

## **ANHANG 1: PRESSEDOKUMENTATION**

Anhang zu  
Rechtsextremismus in Liechtenstein  
Monitoringbericht 2014

### **Pressedokumentation 2014**

**Liechtensteiner Vaterland**  
**Liechtensteiner Volksblatt**  
**Weitere Printmedien**



Auf aktion-widerstand.de wird ausführlich über das jüngste Treffen der «Europäischen Aktion» im Kanton St. Gallen berichtet. Das ebenfalls auf dieser Internetseite publizierte Foto zeigt von links: M. E. aus dem Unterland, Pierre Dornbrach von den Jungen Nationaldemokraten, Adrian Segessenmann (Vizepräsident PNOS), der österreichische Autor Richard Melisch und der offiziell von seinem Amt als EA-Landesleiter zurückgetretene Oliver Hasler aus Nendeln.

# Rechtsextreme EA: Liechtensteiner bei Vortragsabend in der Ostschweiz

**Geheimtreffen** Deutsche Rechtsextremisten publizierten jüngst ein Foto, das Gesinnungskameraden aus Liechtenstein zeigt. Die Aufnahme entstand Anfang April bei einem Vortragsabend der Europäischen Aktion (EA) im St. Galler Oberland.

VON HANS STUTZ

Im Hintergrund hängt die Fahne der Europäischen Aktion EA, die ein «Europa der Vaterländer» errichten will. Im Klartext: Sie will einen Staat gemäss nationalsozialistischen Vorstellungen, den alle Einwohner aussereuropäischer Herkunft verlassen müssten. Vor der Fahne stehen fünf Männer. Die drei Herren in der Bildmitte sind bekannte rechtsextreme Exponenten. Im Zentrum Adrian Segessenmann, Vizepräsident der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS). Rechts neben ihm der 80-jährige österreichische Publizist Richard Melisch, ein bei deutschsprachigen Rechtsextremisten beliebter Redner. Links neben dem Eidgenossen der deutsche Bundesbürger Pierre Dornbrach, Schulungsleiter der Jungen Nationaldemokraten JN. Eingerahmt werden die Politaktivisten von zwei jungen Männern aus Liechtenstein. Am rechten Bildrand Oliver Hasler aus Nendeln, links aussen M. E., früher Triesenberg, heute im Unterland wohnhaft.

**EA-Landesleiter O. H. aus Nendeln** Oliver Hasler ist bereits einmal als EA-Exponent aufgetreten. Das «Volksblatt» berichtete Mitte Sep-

tember 2012, dass der junge Mann aus Nendeln im Elsass am «Europa-fest» als «Landesleiter Liechtenstein» eine Rede gehalten habe. Hasler schrieb daraufhin - auch auf Druck der Politik - in einer Stellungnahme, dass er den Beschluss gefasst habe, «den Rücktrittsentscheid als Landesleiter Liechtensteins sowie aller anderen Ämter der Europäischen Aktion zu verlautbaren». Hat er seine Entscheidung mittlerweile revidiert? Er sei bei besagtem Treffen in St. Gallen lediglich als «Besucher» anwesend gewesen, erklärt er auf Anfrage. Weitere Fragen wollte er nicht beantworten. Noch nie öffentlich aufgetreten ist M. E., ausser dass sein Name vor über zwei Jahren auf der gehackten Kundenliste eines Neonazi-Versandes auftauchte. Bemerkenswert: Auf seinem Facebook-Konto posiert er in einem T-Shirt mit dem Signet der Jungen Nationaldemokraten Deutschland (JN), der Jugendorganisation der National Demokratischen Partei (NPD). Das Foto ins Internet gestellt haben die JN. Aufgenommen wurde es am ersten Apriksamstag. Eine JN-Delegation sei, so die deutschen Rechtsextremisten, am 4. April zu einer Ver-

anstaltung der EA Liechtenstein gefahren, um dort über «Europa als Lebensgemeinschaft» zu sprechen. In Liechtenstein, «dem wunderschönen Alpenland», seien sie zuerst «umhergeführt» worden. Die deutschen Recken schwärmten besonders von den Häusern und Bauten des Hauptorts Vaduz («eine architektonische Meisterleistung») und «dem europäischen Geist, der hinter den Fassaden» stecke. Nüchterner verlief anderntags die EA-Vortragsveranstaltung. Sie habe im St. Galler Oberland stattgefunden, erklärt auf Anfrage Gian Rezzoli, Mediensprecher der St. Galler Kantonspolizei. Die Polizei habe im Vorfeld von der Versammlung «Nationalkonservativer» Kenntnis bekommen. Da keine strafrechtliche Relevanz bestand, habe sie den Anlass nicht weiter beobachtet.

**EA warnt vor «Rassenvermischung»** Diese «Nationalkonservativen» loben in ihrem Bericht zuerst den «Gedanken eines gesamteuropäischen Kampfes», der den «unzähligen Freiwilligen in den Reihen der Waffen-SS glühendes Ideal» gewesen sei. Der JN-Schulungsleiter Dornbrach forderte dann den «grenzüber-

schreitenden Befreiungskampf der europäischen Völker». Und der zweite Referent Richard Melisch behauptete, dass die USA «auf dem Weg in die 3. Welt» seien. Er konstatierte «eine schleichende Drangsalierung der weissen Bevölkerungsanteile». Die EA Liechtenstein zieht daraus in ihrem Veranstaltungsbericht den rassistischen Schluss: So wie die «weissen Amerikaner» bald in der «Bedeutungslosigkeit der Rassenvermischung» verschwinden würden, so würden auch «die europäischen Völker» Gefahr laufen, «im Chaos dieser sich bewegenden Völker- und Rassenmassen gänzlich zu verschwinden».

Nach den Reden plante man noch Taten. «Führende Mitglieder der EA Liechtenstein» und die JN seien, so der JN-Bericht, zusammengesessen mit Österreichern, dem PNOS-Vertreter Segessenmann und Kroaten der Partei des Rechts (HCSP). Man sei sich einig, dass es «weitere Aktionen und Zusammenkünfte» geben müsse. Rechtsextremisten taten sich bislang schwer mit internationaler Zusammenarbeit. Auch wenn die EA-Veranstaltung in der Ostschweiz die Frucht einer JN-Veranstaltung war. Zu Frühlingsbeginn 2014 hatte die deutsche Jungpartei in der thüringischen Kleinstadt Kirchheim einen «Europakongress» durchgeführt, als Teil des Wahlkampfes für das Europäische Parlament. Mit dabei auch die Schweizer PNOS und die Europäische Aktion. Unklar ist, ob auch Liechtensteiner ins Bundesland Thüringen gefahren waren.

**Über den Autor**

Hans Stutz ist Schweizer Journalist und beobachtet die rechtsextreme Szene seit rund 25 Jahren.

25. September 2012: Im «Volksblatt» verkündet Oliver Hasler seinen Rücktritt als EA-Landesleiter.

**Europäische Aktion Landesleiter gibt seinen Rücktritt bekannt**

**WAZ** Der Druck der Regierung und Landtag aus vergangenen Donnerstag ausgeht haben, zeigt Wirkung in einer Mail, das «Volksblatt» gestern Abend erhalten hat. In dem Brief Landeshauptmann Oliver Hasler gibt Rücktritt als Landesleiter der Europäischen Aktion bekannt. Er habe den Beschluss gefasst, den Rücktrittsentscheid als Landesleiter Liechtensteins sowie aller anderer Ämter der Europäischen Aktion, zu verlautbaren. Ich möchte als junger Mann am Anfang meines Lebens die Möglichkeit erwirken, meine persönliche Existenz zu orientieren.

**Angewählte Akteure** Hasler betont, dass er sich der Regierung dahingehend anschliesse, gegen Rechtsextremisten und politisch motivierte Gewalttäter eine bewährte Linie zu fahren. «Was kann ich

**Liechtenst Nirdgend: Internet:** WAZ: Privat mehr lesen bei Liechtenstein kommt die welt im Leben profitieren für U man die eras, zum weltweit Einsatz wertig verfügen 7.6 v Liechtenstein vorstanscht Monaco mit 100 Euro und sich die Schen

# Braune Europapläne auf St. Galler Boden

Deutsche Rechtsextremisten publizierten ein Bild, das bei einem Vortragsabend der Europäischen Aktion im St. Galler Oberland aufgenommen wurde. Die St. Galler Kantonspolizei ging davon aus, dass es sich bei der Veranstaltung um «Nationalkonservative» handelte.

HANS STUTZ

Im Hintergrund hängt die Fahne der Europäischen Aktion (EA), die ein «Europa der Vaterländer» errichten will. Im Klartext: Sie will einen diktatorischen Staat gemäss nationalsozialistischen Vorstellungen, den alle Einwohner und Einwohnerinnen ausseruropäischer Herkunft verlassen müssten.

## Bekannte Rechtsextreme

Vor der Fahne stehen fünf Männer. Die drei Herren in der Bildmitte sind bekannte rechtsextreme Exponenten: Im Zentrum Adrian Segessenmann aus dem Kanton Bern, Vizepräsident der Partei National Orientierter Schweizer (Pro), rechts neben ihm der 80jährige österreichische Autor Richard Melisch, ein bei deutschsprachigen Rechtsextremisten beliebter Redner. Links neben dem Eidgenossen der deutsche Bundesbürger Pierre Dornbrach, Schulungsleiter der Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD). Eingehrahmt werden die Politaktivisten von zwei jungen Männern aus dem Fürstentum Liechtenstein. Einer von ihnen, Oliver Hasler, hat im September 2012 im Elsass am «Europafest» als «Landesleiter Liechtenstein» eine Rede gehalten. Nach einem



Rechtsextreme Gesinnungskameraden posieren für ihre Vorstellung von Europa, darunter der Schweizer Pro-Vizepräsident Adrian Segessenmann (3. von links) und der offiziell von seinem Amt zurückgetretene liechtensteiner EA-Landesleiter Oliver Hasler (rechts aussen).

Pressebericht und politischem Druck hat er damals seinen Rückzug angekündigt.

## St. Galler Polizei hatte Kenntnis

Das Foto ins Internet gestellt haben die Jungen Nationaldemokraten; aufgenommen wurde es am ersten Aprilsamstag. Eine «JN-Delegation» sei, so die deutschen Rechtsextremisten, am 4. April zu einer Veranstaltung der EA Liechtenstein gefahren, um dort über «Europa als Lebensgemeinschaft» zu sprechen. In Liechtenstein, «dem wunder-

schönen Alpenland», seien sie zuerst «umher geführt» worden. Die deutschen Recken schwärmen besonders von den Bauten in Vaduz und «dem europäischen Geist, der hinter den Fassaden stecke.

Nüchterer verlief anderntags die EA-Vortragsveranstaltung. Sie habe im «St. Galler Oberland» stattgefunden, erklärt auf Anfrage Gian Andrea Rezzoli, Mediensprecher der St. Galler Kantonspolizei. Genauer will er nicht sagen. Da keine strafrechtliche Relevanz bestand, habe die Poli-

zei den Anlass nicht weiter beobachtet. Sie habe aber im Vorfeld von der Versammlung «Nationalkonservativer» Kenntnis bekommen.

Die St. Galler Polizei folgt den Vorgaben des Nachrichtendienstes des Bundes NDB. Nur: Die EA ist alles andere als eine «nationalkonservative» Organisation. Wie auch der Veranstaltungsbericht der EA Liechtenstein belegt: Dieser lobt neonazistisch den «Gedanken eines gesamt-europäischen Kampfes», der den «unzähligen Freiwilligen in

Reihen der Waffen-SS glühendes Ideal» gewesen sei.

## «Europäische Völker» in Gefahr

Auch die Redner propagierten nicht Nationalismus, sondern den europäischen Verbund der Rechtsextremisten. Der JN-Schulungsleiter Dornbrach pries den «grenzüberschreitenden Befreiungskampf der europäischen Völker». Und der zweite Referent Richard Melisch behauptete, dass die USA «auf dem Weg in die 3. Welt» seien. Er konstatierte «eine schleichende Drangsaliierung der weissen Bevölkerungsteile». Die EA Liechtenstein zieht daraus den rassistischen Schluss: So wie die «weissen Amerikaner» bald in der «Bedeutungslosigkeit der Rassenvermischung» verschwinden, so würden «die europäischen Völker» Gefahr laufen. «Im Chaos dieser sich bewegenden Völker- und Rassenmassen gänzlich zu verschwinden».

Nach den Reden plante man noch Taten. «Führende Mitglieder der EA Liechtenstein» und die JN seien, so der JN-Bericht, zusammengesessen mit Österreichern, dem Pro-Vertreter Segessenmann und Kroaten der «Partei des Rechts» (HCSP). Man sei sich einig, dass es «weitere Aktionen und Zusammenkünfte» geben müsse. Rechtsextremisten taten sich bis anhin schwer mit internationaler Zu-

sammenarbeit. Auch wenn die EA-Veranstaltung in der Ostschweiz die Frucht eines JN-Anlasses war. Zu Frühlingsbeginn 2014 hatte die deutsche Jungpartei in Kirchheim (Thüringen) einen «Europakongress» durchgeführt, als Teil des Wahlkampfes für das Europäische Parlament. Mit dabei auch die EA und die Pro; aus der Schweiz war frühere Segessenmann auch der frühere Basler Pro-Präsident Philippe Eglin angereist.

## «Europafest» 2011 verlegt

Mehrmals hat die EA Liechtenstein in den vergangenen Jahren versucht, einen Saal für eine Veranstaltung zu mieten. Im Fürstentum jedes Mal vergeblich. In der Schweiz war sie für einmal erfolgreich.

Weniger Erfolg hatte die EA im September 2011. Sie kündigte an, ihr jährliches «Europafest» im «Raum St. Gallen» abzuhalten, was zu Medienwirbel und am Treffpunkt in Diepoldsau zu einer Gegendemonstration führte. Die Teilnehmer, angereist aus mehreren europäischen Ländern, versammelten sich dann in einem Saal in Einsiedeln, bis die Schwyzer Kantonspolizei die Versammlung auflöste. Der Holocaust-Leugner und EA-Mitbegründer Bernhard Schaub musste den Schluss seiner Ansprache auf dem Schlachtgelände von Morgarten improvisieren.

# Keine Gewaltvorfälle, Rechtsextreme in Liechtenstein aber weiterhin aktiv

**Bericht** Die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen beschränkten sich im vergangenen Jahr weitgehend auf Flugblattaktionen und Internetmeldungen. Ein Ruhepolster für die Gesellschaft ist dies allerdings nicht, wie Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer gestern deutlich machte.

VON HOLGER FRANKE

«Es ist mir ein zentrales Anliegen, bei dieser Gelegenheit einmal mehr deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass die Regierung Rechtsextremismus und damit jedwede fremdenfeindlichen und rassistischen Bestrebungen in unserer Gesellschaft klar verurteilt», sagte Thomas Zwiefelhofer am Montag bei der Vorstellung des Monitoringberichtes 2013 zum Thema Rechtsextremismus. Es sei höchst bedauerlich, dass es in Liechtenstein offenbar vereinzelt Menschen gebe, die in rechtsextremen Weltanschauungen eine ideologische Heimat suchen. «Dass diese auch noch als Gruppe EA Liechtenstein Gleichgesinnte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in unser Land einladen und in der Region Veranstaltungen abhalten, ist äusserst bedenklich», betonte Innenminister Zwiefelhofer.

## Harter Kern der Rechten ist bekannt

In seinem Bericht kommt das Liechtenstein-Institut zum Fazit, dass die Aktivitäten im Vergleich zum Vorjahr stark zurückgegangen sind. Gewaltvorfälle mit rechtsextremem Hintergrund sind nicht bekannt geworden und auch entsprechende Gerichtsfälle wurden im vergangenen Jahr nicht



Stellen den Monitoringbericht «Rechtsextremismus 2013» vor, von links: Politologe Wilfried Marxer, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer und Polizeichef Jules Hoch. (Foto: Paul Trummer)

öffentlich. Allerdings existiert in Liechtenstein nach Erkenntnissen der Landespolizei ein Kern von sechs bis sieben Rechtsextremen mit einem erweiterten Sympathisantenkreis von 15 bis 20 Personen. «Die Landespolizei kennt die Protagonisten», machte Polizeichef Jules Hoch gestern einmal mehr deutlich. Vielleicht ist dies die wichtigste Erkenntnis des vergangenen Jahres: Rechte Gruppierungen haben es deutlich schwerer, ihre braune Saat zu säen. Die Gesellschaft reagiert deutlich ablehnend. Die Politik distanziert sich klar und deutlich. Eine massgebliche Rolle zur Information tragen auch die Medien bei. So hat das «Volks-

blatt» im vergangenen Jahr mehrfach den anerkannten Schweizer Hintergrundjournalisten Hans Stutz zu Wort kommen lassen, oder auch Polizeichef Jules Hoch, der im «Volksblatt»-Interview am 29. Oktober 2013 klar Stellung bezogen hat.

## Klare Botschaft der Politik

Vor allem die Europäische Aktion gab im vergangenen Jahr mehrfach Anlass zur medialen Berichterstattung. Jene Gruppierung, deren geistiger Vater der Schweizer Bernhard Staub ist, ein bekannter Holocaustleugner, wie das Liechtenstein-Institut in seinem Bericht in Erinnerung ruft. Staub versuche, rechtsex-

treme Gruppierungen in Europa zusammenzubringen. Seit Jahren ist die Gruppierung mit Flugblättern und weiteren Aktionen auch in Liechtenstein aktiv. Darüber hinaus finden auch regelmässig internationale Treffen mit Beteiligung von Aktivisten aus Liechtenstein statt. Doch woher der Wind weht, wird immer mehr Menschen klar - daher ist es auch lobenswert, dass sich die Politik klar positioniert: «Unsere demokratische Gesellschaftsform ist durch grundlegende Werte wie Meinungsvielfalt und gegenseitigem Respekt geprägt und lässt keinen Platz für Diskriminierung und Ausgrenzung - sei es aufgrund der Rasse, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder Ethnie», machte Innenminister Zwiefelhofer gestern deutlich.

## «Rechtsextremismus ist inakzeptabel.»

THOMAS ZWIEFELHOFER  
REGIERUNGSCHEF-STELLVERTRETER

# Rechtsextreme Szene ist ruhiger, aber weiterhin aktiv

ANGELA HÜPPI

**VADUZ.** Der Monitoringbericht «Rechtsextremismus in Liechtenstein 2013», der gestern der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, fällt aus Sicht der Verantwortlichen positiv aus. Wie bereits in den Jahren 2011 und 2012 wurden auch 2013 keine Gewaltverbrechen registriert, die rechtsextremen Kreisen zuzuschreiben waren. «Dies darf durchaus auch als Erfolg der Bemühungen der Regierung in den letzten vier Jahren gewertet werden, rechte Gewalt und fremdenfeindliche

Ideologien konsequent zu bekämpfen», sagte Innenminister Thomas Zwiefelhofer vor den Medien.

## Nicht nachlässig werden

Seit 2010 wurden die Massnahmen gegen Rechtsextremismus in Liechtenstein verschärft. Gestützt auf eine Studie zum Rechtsextremismus in Liechtenstein wurde ein Massnahmenkatalog verabschiedet, in welchem neben repressiven Massnahmen auch eine Sensibilisierungskampagne und mehrere zielgruppenorientierte Veranstaltungen vor-

gesehen sind. Obwohl die Gewaltdelikte und auch Flugblattaktionen in den vergangenen Jahren abgenommen haben, warnt Thomas Zwiefelhofer aber davor, nachlässig zu werden: «Der Monitoringbericht zeigt auch, dass es in unserem Land nach wie vor eine sehr aktive rechte Szene gibt.»

Er betonte, dass die liechtensteinische Regierung Rechtsextremismus und jedwede fremdenfeindlichen und rassistischen Bestrebungen klar verurteilt. «Es ist höchst bedauerlich, dass es in unserem Land offen-

bar vereinzelt Menschen gibt, die in rechtsextremen Weltanschauungen eine ideologische Heimat suchen», so Zwiefelhofer. Dass diese auch noch Gleichgesinnte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz nach Liechtenstein einladen und in der Region Veranstaltungen abhalten würden, sei äusserst bedenklich. Rechtsextremismus sei inakzeptabel, darum dürfe man bei diesem Thema nicht lockern lassen, auch wenn sich die Situation zumindest vorerst ruhiger darstelle als noch vor ein paar Jahren. **INLAND 5**

## Keine Toleranz für Rechtsextremismus

Es ist ruhiger geworden um die rechtsextreme Szene in Liechtenstein. Dennoch ist sie nach wie vor aktiv und arbeitet an ihrer internationalen Vernetzung. Dass es in Liechtenstein aber schwieriger geworden ist, rechtsextremes Gedankengut zu äussern, kann als Erfolg gewertet werden.

ANGELA HÜPPI

**VADUZ.** «Noch vor ein paar Jahren mussten wir über Massenschlägereien und Brandanschläge berichten», sagte Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, bei der gestrigen Präsentation des Monitoringberichts Rechtsextremismus 2013. Der Bericht, der seit 2010 erscheint, beobachtet alle rechtsextremen Aktivitäten, die in irgendeiner Form öffentlich wirksam werden – durch Medienberichte, Internetsiten, Plakate, Flugblätter etc. Im Jahr 2013 konnte so ein Rückgang rechtsextremer Aktivitäten verzeichnet werden. «Wir befinden uns zurzeit in ruhigerem Fahrwasser», so Marxer.

## Vorsichtiger geworden

2013 waren noch die gleichen Kreise aktiv wie im Vorjahr: Die Europäische Aktion und die Volkstreu Jugend Fürstentum Liechtenstein. Allerdings traten sie weniger in Erscheinung als noch 2012. «2013 wurden lediglich drei Flugblattaktionen mit politisch abstrusen Forderungen registriert», sagte Wilfried Marxer. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte sich immer wieder mit solchen Flugblättern, um zu klären, ob ein strafrechtlicher Tatbestand vorliegt. Meist seien die Formulierungen aber sehr vor-



Sind mit den Ergebnissen des Monitoringberichts Rechtsextremismus zufrieden: Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, Innenminister Thomas Zwiefelhofer und Jules Hoch, Polizeichef und Vorsitzender der Gewaltschutzkommission (v. l.).

sichtig und nicht offen rassistisch. Das sei ein gutes Zeichen: «Die vielen Medienberichte schrecken Rechtsextreme ab. Sie wollen nicht namentlich genannt werden und agieren vorsichtiger.» Auch die Volkstreu Jugend Fürstentum Liechtenstein ist 2013 weniger in Erscheinung getreten. In ihrem Jahresrückblick ist kaum Bezug zu Liechtenstein zu finden, sondern es werden vor allem internationale Vorkom-

nisse kommentiert. Auch gemäss Jules Hoch, Polizeichef und Vorsitzender der Gewaltschutzkommission, haben sich die Sensibilisierungsmassnahmen der vergangenen Jahre ausgezahlt: «Das Thema hat mittlerweile eine Öffentlichkeit bekommen, die präventiv wirkt.» Ein Beispiel dafür seien die Bemühungen der Europäischen Aktion Liechtenstein, eine Veranstaltung in Liechtenstein durchzuführen.

Weil man in sehr gutem Kontakt mit den Gemeinden stehe und diese stark auf das Thema sensibilisiert seien, sei es für die Europäische Aktion fast unmöglich, eine geeignete Räumlichkeit zu mieten. Auch die grosse öffentliche Ablehnung von Rechtsextremismus trage dazu bei, dass rechtsextreme Aktivisten immer vorsichtiger würden. «Das Ergebnis des diesjährigen Monitoringberichts freut uns sehr. Wir sehen unsere Arbeit

der vergangenen Jahre bestätigt», sagte Jules Hoch. Das genaue Monitoring der rechtsextremen Aktivitäten stösst zudem auch im Ausland auf Interesse. So überlege sich beispielsweise auch Vorarlberg, das ebenfalls mit rechtsextremistischen Aktivitäten zu kämpfen hat, die Einführung eines Monitorings nach liechtensteinischer Vorbild, sagte Wilfried Marxer. Trotz des positiven Fazits des Monitoringberichts dürfe man aber nicht

nachlassen, waren sich Innenminister Thomas Zwiefelhofer, Jules Hoch und Wilfried Marxer einig. «Es braucht ein klares öffentliches Bekenntnis, dass Rechtsextremismus in Liechtenstein nicht toleriert wird.» Nur so lasse sich die Hemmschwelle für rechtsextreme Aktivitäten erhöhen und Gewalttaten verhindern – auch wenn sich extremes Gedankengut nie ganz ausmerzen lasse.

## VORFÄLLE 2013

**20. Februar:** Ballone der Europäischen Aktion (EA) im Unterland.

**März:** Flugblätter der EA wurden in mehreren Gemeinden verteilt.

**24. Mai:** Veröffentlichung einer Polizeimeldung über eine Körperverletzung in Triesenberg. Verschiedene Leserbriefe beschrieben die Körperverletzung als ausländerfeindliche Tat.

**Juni:** Flugblätter der EA wurden in mehreren Gemeinden verteilt.

**September:** Flugblätter der Europäischen Aktion wurden in verschiedenen Gemeinden verteilt.

**5. Januar und 5. Oktober:** Gemäss der Webseite der EA führte die EA Liechtenstein an diesen Tagen Informationsveranstaltungen durch. Ob dies stimmt, ist nicht bestätigt.

**Volkstreu Jugend Fürstentum Liechtenstein:** Veröffentlicht im Verlauf des Jahres mehrere Stellungnahmen. Die meisten Beiträge weisen keinen unmittelbaren Zusammenhang mit Liechtenstein auf.

## «Europäische Aktion» Warnung des deutschen Verfassungsschutzes

**BERLIN/BERN/VADUZ** Die Aktivitäten der «Europäischen Aktion» bleiben auch in Deutschland nicht unbemerkt: Der Verfassungsschutz warnt in seinem jüngsten Bericht vor der rechtsextremen Gruppierung mit Sitz in der Schweiz und einem aktiven Ableger in Liechtenstein (das «Volksblatt» berichtete mehrmals). Die EA verfolge das Ziel, ein rechts-extremistisch-rassistisches Netzwerk aufzubauen, heisst es in dem Bericht, über den die «Neue Luzerner Zeitung» in der Freitagsausgabe berichtete. Die EA betreibt demnach eine «selbst für Rechtsextremisten besonders ausgeprägte antisemitische und revisionistische Agitation». Überdies seien in den Führungsstrukturen «namhafte Rechtsextremisten» eingebunden. Unter den Initiatoren der 2010 gegründeten EA findet sich unter anderem der

schweizerische Holocaust-Leugner Bernhard Schaub.

### **Sammelkonto vor Schliessung?**

Der Schweizer Nachrichtendienst (kurz: NDB) sieht jedoch keinen Handlungsbedarf. Die EA rufe weder zur Gewalt auf, noch drohe sie Gewalt an, sagte ein Sprecher. Auch in Liechtenstein hat die Staatsanwaltschaft bisher keine strafrechtlich relevanten Inhalte festgestellt, erklärte Polizeichef Jules Hoch bereits im Oktober vergangenen Jahres gegenüber dem «Volksblatt».

Die EA könnte aber ihr Sammelkonto in der Schweiz verlieren: «Falls PostFinance Hinweise hat, dass (...) eine extreme Gesinnung eines Kunden unsere Reputation gefährden könnte, wird diese Geschäftsbeziehung (...) wenn nötig beendet», teilte PostFinance auf Anfrage mit. (sda)

# Verborgener Rechtsradikalismus als grosse Gefahrenquelle

**Nationalsozialismus** Rechtsradikale lassen sich nicht mehr so leicht an ihrem Äusseren erkennen - und das birgt Gefahren: Der «Nipster» als Phänomen der rechten Szene.

Vollbart, Jutebeutel - und rechtsextrem. Vegan, umweltbewusst - und rechtsextrem. Wer sich zurzeit mit der politisch rechten Szene beschäftigt, stösst auf scheinbare Widersprüche. Und einen neuen Typen: Den «Nipster». Das Kunstwort setzt sich aus Nazi und Hipster, dem manchmal etwas abfällig genutzten Begriff für szenebewusste Grossstadtbewohner, zusammen. Gemeint sind junge Rechtsradikale, die so ganz anders auftreten, als die kahlrasierten und Springerstiefel tragenden Neonazis früherer Jahre. Prominenz verschaffte den Nipstern jüngst das US-Magazin «Rolling Stone» mit einer langen Reportage aus Deutschland («Heil Hipster»). Auch andere Medien griffen das Phänomen auf. Die grobe Charakterisierung: Nipster bedienen sich angesagter Modestile, wirken wie ein Teil der urbanen Subkultur und bewegen sich selbstverständlich in den sozialen Netzwerken. Die Frage dahinter: Wie gefährlich ist rechte Ideologie, wenn sie trendy verpackt wird?

## Gefahr für Gesellschaft

Zumindest lässt sie sich von aussen schwerer erkennen. Eine gefährliche Gesinnung drückt sich nicht mehr in kahlen Schädeln und Springerstiefeln aus. Neonazis könnte es damit auch deutlich leichter fallen, Zugang zu Jugendlichen zu finden, warnen Experten - weil sie zunächst gar nicht als so radikal wahrgenommen werden. «Man schafft auf der

einen Seite breitere Anschlussflächen», sagt Nils Schuhmacher von der Hochschule Esslingen. Die Möglichkeiten hätten sich erweitert. Ob sich das für die Rechten tatsächlich auszahlt, ist für den Kriminologen allerdings noch offen. Gleichzeitig verliere die rechtsradikale Szene nämlich für ihre Anhänger an Kontur.

## Nazis und Veganismus

Veganismus hätte man früher zumindest nicht per se zur Kultur der rechten Szene gezählt. Dass es den Verzicht auf tierische Produkte mittlerweile auch dort gibt, beweisen zwei junge Männer mit Sturmhauben, die als Beispiele für die neuen Nazis angesehen werden. In ihren YouTube-Videos kredenzen sie Gerichte wie «Gebräunte Auberginen» und «Neuschwabenland Käsekuchen». «Balaclava Küche» nennen sie das - Balaclava ist ein anderer Name für Sturmhaube. Was in der Kochschule in den Topf kommt, könnte auch im Berliner Prenzlauer Berg oder im Hamburger Schanzenviertel Zuspruch finden. Ob die beiden das ernst meinen oder vielleicht als Satire sehen, wird nicht ganz klar. Eine politische Botschaft haben die Fleischverächter jedenfalls: «Achtet auf die Herkunft der Sachen!» Genaue: «Israel-Ware» gehöre nicht in den Einkaufswagen. Hintergrund der Nipster-Bewegung bildet eine Entwicklung, die Experten seit Jahren beobachten. «Erscheinungsbil-

der des Rechtsextremismus haben sich dramatisch verändert - bis hin zu dem, was dann unter dem Etikett «Nipster» firmiert», sagt Thomas Pfeiffer, Lehrbeauftragter an der Uni Bochum zum Thema Rechtsextremismus und Referent im Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen. Klar: Es gebe immer noch jene, die den alten Germanen mimen - aber auch jeden zeitgenössischen Look. «Wenn sich Teile der Szene beim Hip-Hop bedienen, interessiert es sie offenbar nicht, ob das widerspruchsfrei mit Rassismus und Neonazismus in Einklang zu bringen ist.»

## «Verpackung hat sich gewandelt»

Früher war das anders. Lange prägten Skinheads das Gesicht der Szene und wurden zum Symbol für den hässlichen Deutschen. «Der Inhalt hat sich in vielen Teilen fast nicht verändert. Aber die Verpackung hat sich dabei gewaltig gewandelt», stellt Pfeiffer fest. «In den letzten fünf bis zehn Jahren ist in der rechtsextremen Szene eine starke Zuwendung zur Popkultur deutlich geworden», meint auch Karsten Wilke von der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. Kriminologe Schuhmacher von der Hochschule Esslingen formuliert es so: «Der Skinhead als hegemoniale jugendkulturelle Figur des Rechtsextremismus hat abgedankt.» (dpa)

[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)

## Kommentar

# Sind die EA und Gloria.tv nicht radikal genug?



MICHAEL BENVENUTI

In Österreich wurde am Montag eine «Beratungsstelle Extremismus» vorgestellt, in der Schweiz hat der Bundesrat im Oktober eine Verordnung über das Verbot der Gruppierung «Islamischer Staat» und verwandter Organisationen verabschiedet. Die anhaltenden Gräueltaten des IS und vor allem die starke Anziehungskraft dieser islamistisch-terroristischen Vereinigung für junge Muslime auch aus dem Westen beschäftigen nun auch die heimische Politik. Eine VU-Interpellation zur Verhinderung von radikalem Gedankengut wird im heute beginnenden Dezember-Landtag an die Regierung überwiesen.

### Radikale Leserbriefschreiber

Dieser Vorstoss kommt in der Tat nicht zu früh, wie die VU-Parteizeitung treffend festhielt. Extremistische Tendenzen und radikales Gedankengut müssen bereits im Keim erstickt werden. Egal, ob sie dem linken oder rechten Lager entstammen. Egal, welche Religion es ist, unter deren Deckmantel Hass und Zwietracht gesät werden.

Diese Interpellation hätte daher bereits im Jahr 2011 Sinn gemacht, als die rechtsextremistische Europäische Aktion in Liechtenstein erstmals aktiv wurde. Eine Gruppierung, die laut deutschem Verfassungsschutz eine «selbst für Rechts-extremisten besonders ausgeprägte antisemitische und revisionistische Agitation» betreibt.

Diese Interpellation hätte auch im Frühjahr 2013 Sinn gemacht, als publik wurde, dass ein beim Erzbischof Vaduz inkardinierter Priester auf dem radikal-katholischen Gloria.tv deutsche Bischöfe mit Hakenkreuzen visuell brandmarkte.

Diese Interpellation hätte auch im August dieses Jahres Sinn gemacht,

als ein bekannter christlich-fundamentalistischer Leserbriefschreiber den menschenverachtenden Umgang des russischen Präsidenten Putin mit Homosexuellen und der «satanischen Schwulenlobby» als vorbildlich und nachahmenswert lobte.

### Fahrlässige Verunglimpfung

Die Interpellation mit der pauschalen Diffamierung zu rechtfertigen, der Islam sei keine friedliche Religion, wie dies die VU-Parteizeitung tat, ist allerdings fahrlässig. Diese Behauptung ausgerechnet durch die Äusserungen und Zitatensammlung eines rechtsbürgerlichen Satirikers in einer SVP-nahen Wochenzeitung untermauern zu wollen, zeugt von fehlender Sensibilität für dieses delicate Thema.

Viele Zitate würden aufzeigen, dass der Koran «ein einziger Aufruf zur Gewalt und Unterdrückung» sei, hiess es da. Diese Behauptung ist nicht nur falsch: Gleichzeitig wäre es spielend möglich, aus der Bibel Dutzende Belegstellen zu zitieren, die auf den ersten Blick gewaltverherrlichend sind. Im Alten Testament ertrinken die Ägypter durch Gottes Hand im Meer. Auch im Neuen Testament gibt es eine apokalyptische Tradition, bei der Gewalt eine Rolle spielt. Etwa bei Mt 10,34, wo Jesus sagt: «Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.»

Solche Passagen gibt es einige. Sie führen aber in eine falsche Richtung, wenn sie isoliert und nicht im historischen Zusammenhang gedeutet werden. Eine Grundregel bei der Auslegung von (religiösen) Texten ist, dass man diese im geschichtlichen Entstehungszusammenhang lesen muss, in dem sie geschrieben wurden. Das gilt nicht nur für die Bibel, sondern auch für den Koran: Diesen als ungeschichtlichen Text zu lesen, Zitate aus dem Zusammenhang zu reissen und jeden Satz als moralische Anordnung für heute aufzufassen, ist jedenfalls nicht zielführend.

Nicht umsonst warnte Papst Franziskus am Sonntag vor einer Pauschalverurteilung von Muslimen: «Ich glaube aufrichtig, dass man nicht sagen kann, dass alle Muslime Terroristen sind.» Dies sei ebenso falsch wie die Aussage, dass alle Christen Fundamentalisten seien. Terroristische Gruppen, wurde der Papst zitiert, gebe es in allen Religionen.

[mvenuti@volksblatt.li](mailto:mvenuti@volksblatt.li)

## **ANHANG 2: ONLINE-DOKUMENTE**

Anhang zu  
Rechtsextremismus in Liechtenstein  
Monitoringbericht 2014

### **Dokumente von Online-Diensten**

**Berichte**  
**Meldungen**  
**Foren**

## Europäische Aktion

Die Europäische Aktion (EA) – Untertitel: Bewegung für ein freies Europa – will laut Eigenwerbung eine «Bewegung zur politisch-kulturellen Erneuerung ganz Europas» sein und alle jene vereinen, «die den ‚american way of life‘ satt haben». Wer sich durch die in mittlerweile 13 Sprachen gehaltene Website der EA klickt, wird rasch feststellen, welch Geistes Kind die 2010 gegründete Organisation ist: Hier sind rechtsextreme, antisemitische und den Holocaust verleugnende Personen am Werk.

Erhellend ist der Blick ins sieben Ziele umfassende Programm: Die EA will sich gegen «Maulkorbgesetze» einsetzen und sich für die «Wiederherstellung der freien Rede» stark machen. Wenig erstaunlich: Gesetze wie die Rassismus-Strafnorm in der Schweiz machen den Neonazis immer wieder das Leben schwer. Auch will sie «aussereuropäische Einwanderer repatriieren» und «Programme für die Rückwanderung der Fremdkontinentalen erstellen» – übelste rassistische Rhetorik. Schliesslich schwebt ihr die «Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft», eines «Europas der Vaterländer» und die Ablösung der «US-hörigen EU und NATO» vor.

### Neuer Anlauf von Bernhard Schaub

Initiant und einer der treibenden Kräfte hinter der EA ist der 60-jährige Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub. Ein unverbesserlicher Überzeugungstäter: Der ehemalige Lehrer einer Rudolf-Steiner-Schule hat sich unter anderem als Vordenker der PNOS betätigt. Später rief er die – längst versandete – Nationale Ausserparlamentarische Opposition (NAPO) ins Leben, die er zur «Sammelbewegung für den echten nationalen Widerstand in der Schweiz» machen wollte. Auch stand er dem Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV) vor, welcher 2008 in Deutschland verboten wurde. Der in Berlin ansässigen Vereinigung gehörten unter anderem die bekannten Neonazis Robert Faurisson, Horst Mahler, Manfred Roeder und Ernst Zündel an.



Vortragsabend der EA im St. Galler Oberland, April 2014: Mitglied der EA Liechtenstein, Pierre Dornbrach (JN), Adrian Segessenmann (PNOS), Richard Melisch, Oliver Hasler (EA) (v.l.n.r.)

Die EA, in deren Führungsstrukturen wiederum einige namhafte Rechtsextreme wie der deutsche NPD-Politiker Rigolf Hennig oder die britische Holocaustleugnerin Michèle Renouf eingebunden sind, tritt mit dem Anspruch an, eine europaweite Dachorganisation zu sein. Sie unterhält insbesondere im deutschen Sprachraum – in den Ländern Schweiz, Deutschland, Österreich und Liechtenstein – sogenannte Informationsstellen. In der Schweiz liegt der Tätigkeitsschwerpunkt der EA im Kanton Zürich und in der Ostschweiz.

Die Europäische Aktion veranstaltet jeweils im September ein «Europafest» – und sorgt mit diesen Jahrestreffen zuweilen auch für mediales Aufsehen. 2011 fand das Treffen in Einsiedeln SZ und nach einem Polizeieinsatz in Morgarten ZG, 2012 auf dem elsässischen Mont Sainte-Odile und 2013 an einem unbekanntem Ort im deutschsprachigen Raum statt. Daneben organisiert die EA immer wieder auch Informationsveranstaltungen oder Flugblattverteilaktionen.

### Beschränkter Einfluss

Insgesamt ist der Einfluss der EA auf die Neonazi-Szene begrenzt. Trotz ihrer verbal-aggressiven Rhetorik erreicht die Gruppierung nur ein relativ kleines und vorwiegend älteres Publikum. Im Fürstentum Liechtenstein ist es der EA immerhin gelungen, auch jüngere Aktivistinnen und Aktivisten anzusprechen. Auch gab die Innerschweizer Kameradschaft [Waldstätterbund](#) im November 2012 offiziell bekannt, geschlossen der EA beitreten zu wollen.

## «Rechtsextreme sind vorsichtiger»

**Es ist ruhiger geworden um die rechtsextreme Szene in Liechtenstein: Dies zeigt ein neuer Monitoring-Bericht, der gestern präsentiert wurde. Dennoch ist die Szene nach wie vor aktiv und arbeitet an ihrer internationalen Vernetzung.**

ANGELA HÜPPI

VADUZ. «Noch vor ein paar Jahren mussten wir über Massenschlägereien und Brandanschläge berichten», sagte Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, bei der gestrigen Präsentation des Monitoringberichts Rechtsextremismus 2013. Der Bericht, der seit 2010 erscheint, beobachtet alle rechtsextremen Aktivitäten, die in irgendeiner Form öffentlichkeitswirksam werden – durch Medienberichte, Internetseiten, Plakate, Flugblätter und so weiter.

### Drei Flugblattaktionen

Im Jahr 2013 konnte ein Rückgang rechtsextremer Aktivitäten im Fürstentum verzeichnet werden. «Wir befinden uns zurzeit in ruhigerem Fahrwasser», sagte Marxer.

2013 waren noch die gleichen Kreise aktiv wie im Vorjahr: die Europäische Aktion und die Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein. Allerdings traten sie weniger in Erscheinung als noch 2012. «2013 wurden lediglich drei Flugblattaktionen mit politisch abstrusen Forderungen registriert», sagte Wilfried Marxer. Die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich immer wieder mit solchen Flugblättern, um zu klären, ob ein strafrechtlicher Tatbestand vorliegt. Meist seien die Formulierungen aber sehr vorsichtig und nicht offen rassistisch. Das sei ein gutes Zeichen: «Die vielen Medienberichte schrecken Rechtsextreme ab. Sie wollen nicht namentlich genannt werden und agieren vorsichtiger.» Auch die Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein ist 2013 weniger in Erscheinung getreten. In ihrem Jahresrückblick ist kaum Bezug zu Liechtenstein zu finden, sondern es werden vor allem internationale Vorkommnisse kommentiert.

### Öffentlichkeit schreckt ab

Auch gemäss Jules Hoch, Polizeichef und Vorsitzender der Gewaltschutzkommission, haben sich die Sensibilisierungsmassnahmen der vergangenen Jahre ausgezahlt: «Das Thema hat mittlerweile eine Öffentlichkeit bekommen, die präventiv wirkt.» Ein Beispiel dafür seien die Bemühungen der Europäischen Aktion Liechtenstein, eine Veranstaltung in Liechtenstein durchzuführen. Weil man in sehr gutem Kontakt mit den Gemeinden stehe und diese stark für das Thema sensibilisiert seien, sei es für die Europäische Aktion fast unmöglich, eine geeignete Räumlichkeit zu mieten.

Auch die grosse öffentliche Ablehnung von Rechtsextremismus trage dazu bei, dass rechtsextreme Aktivisten immer vorsichtiger würden.

Das genaue Monitoring der rechtsextremen Aktivitäten in Liechtenstein stösst auch im Ausland auf Interesse. So überlege sich beispielsweise auch Vorarlberg, das ebenfalls mit rechtsextremistischen Aktivitäten zu kämpfen hat, die Einführung eines Monitorings nach Liechtensteiner Vorbild, sagte Wilfried Marxer.

### **Hemmschwelle erhöhen**

Trotz des positiven Fazits des Monitoringberichts dürfe man aber nicht nachlassen, waren sich Innenminister Thomas Zwiefelhofer, Jules Hoch und Wilfried Marxer einig. «Es braucht ein klares öffentliches Bekenntnis, dass Rechtsextremismus nicht toleriert wird.» Nur so könne man die Hemmschwelle für rechtsextreme Aktivitäten erhöhen und Gewalttaten verhindern – auch wenn sich extremes Gedankengut nie ganz ausmerzen lasse.

[<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Rechtsextreme-sind-vorsichtiger;art120094,3798406>]

## **ANHANG 3: KAMPAGNE, BEHÖRDEN, STATEMENTS**

Anhang zu  
Rechtsextremismus in Liechtenstein  
Monitoringbericht 2014

### **Kampagnen, Behörden, Statements**

**Kampagnendokumentation**  
**Behördenmeldungen**  
**Interessenvertretungen**

03. September 2014

schliessen ▲

## Rassendiskriminierung

Frage von: Landtagsabgeordnete Judith Oehri

Antwort von: Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer



### Frage vom 03. September 2014

Die Anti-Rassismus-Kommission des Europarates stellt fest, dass populistisch-ausländerfeindliche Parteien Zulauf gewinnen. Sie stellt insbesondere fest, dass Hassreden in ganz Europa zu einem Problem werden. Wir haben einen Paragraph 283 in Bezug auf Rassendiskriminierung. Eine Mitgliedschaft in einer Organisation, die Rassendiskriminierung propagiert, ist verboten.

1. Welche Möglichkeiten zum Durchgreifen hat das Land, wenn Leute, die sich in einem Verein organisiert haben, rassistisches Gedankengut transportieren?
2. Ist der Verein ein öffentlicher Ort oder geht dies noch unter privater Raum?
3. Darf in Liechtenstein das Hakenkreuz noch öffentlich getragen bzw. verwendet werden?

### Antwort vom 05. September 2014

Zu Frage 1: Für diesen Fall bestehen zwei Möglichkeiten. Zum einen kann die Regierung nach Art. 971 Abs. 1 Ziff. 5 PGR eine juristische Person von Amtes wegen liquidieren, wenn diese die liechtensteinischen Landesinteressen schädigt oder dem Ansehen des Landes abträglich ist und seine Beziehungen zu andern Staaten oder internationalen Organisationen stört. Für die Dauer des Verwaltungsverfahrens kann die Regierung die Bestellung eines Zwangsverwalters als Sicherungsmittel im Sinne des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltungspflege beim Landgericht beantragen. Zum anderen können die Mitglieder strafrechtlich nach § 283 Abs. 1 Ziff. 7 StGB verfolgt werden.

Zu Frage 2: Nach § 283 Abs. 1 Ziff. 7 StGB macht sich strafbar, wer sich an einer Vereinigung beteiligt, deren Tätigkeit darin besteht, Rassendiskriminierung zu fördern oder dazu aufzureizen. Nach der Rechtsprechung (vgl. StGH 2010/88) ist es dabei nicht relevant, ob der Verein öffentlich auftritt oder sich die Mitglieder nur privat treffen.

Zu Frage 3: Nein. Nach § 283 Abs. 2 Ziff. 2 StGB ist es verboten, Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen, über elektronische Medien übermittelte Zeichen, Abbildungen oder andere Gegenstände dieser Art, die eine Rassendiskriminierung zum Inhalt haben, öffentlich anzupreisen, auszustellen, anzubieten oder zu zeigen. Daraus folgt, dass das Tragen bzw. Zeigen des Hakenkreuzes als rassendiskriminierende Aussage gewertet wird.

03. September 2014

schliessen ▲

## Terrororganisationen / Dschihadisten aus EU-Ländern

Frage von: Landtagsabgeordnete Judith Oehri

Antwort von: Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer



### Frage vom 03. September 2014

Man hört immer wieder, dass junge Menschen aus EU-Ländern sich radikal-islamistischen Terrororganisationen wie der IS anschliessen.

1. Wie gehen wir mit dieser Thematik um?
2. Wären wir in Liechtenstein auf solche Fälle rechtlich vorbereitet?
3. Welche Massnahmen würden wir ergreifen?

### Antwort vom 05. September 2014

Zu Frage 1: Die Entwicklungen in Bezug auf radikal islamistischen Extremismus werden von den zuständigen Stellen der Landespolizei sehr aufmerksam verfolgt. Die Landespolizei steht zu diesem Zweck in ständigem Kontakt mit den zuständigen Stellen in den Nachbarländern. Auch der Regierung ist die Gefahr durchaus bewusst, die von den radikal islamistischen Terrororganisationen im Nahen Osten ausgeht. Auch wenn in Liechtenstein noch kein Fall bekannt geworden ist, wo sich junge Menschen aus unserem Land den Dschihadisten in Syrien oder im Irak angeschlossen haben, gilt es weiterhin, die Entwicklungen sehr genau zu beobachten und die bestehenden Kanäle mit den Nachbarstaaten für einen intensiven Informationsaustausch zu nutzen.

Zu Frage 2: In Liechtenstein ist das Thema Terrorismus im Strafrecht geregelt. Wer sich an einer terroristischen Organisation als Mitglied beteiligt oder diese finanziell unterstützt, macht sich nach § 278b Abs. 2 StGB strafbar. Der Strafrahmen sieht Freiheitsstrafen von einem bis zu zehn Jahren vor.

Daneben sind auch verwaltungsrechtliche Sanktionen nach dem Ausländergesetz oder dem Asylgesetz denkbar (z.B. eine Ausweisung nach Art. 53 des Ausländergesetzes oder eine Massnahme nach Art. 3 oder 43 des Asylgesetzes). Hier sind aber immer die Einzelfallkonstellationen der jeweilig involvierten Personen mit zu berücksichtigen.

### Radikal-islamistischer Extremismus

## Liechtensteiner Dschihadisten: Bisher noch kein Fall bekannt

**VADUZ** Terroristische Vereinigungen leben längst nicht mehr versteckt in den Bergen, sondern nutzen gezielt soziale Medien, um Mitglieder anzuwerben. Viele junge Menschen aus Europa haben sich laut Medienberichten schon der radikal-islamischen Gruppe IS angeschlossen. Die VU-Abgeordnete Judith Oehri thematisierte das Problem in einer Kleinen Anfrage und wollte wissen, wie

Liechtenstein in solchen Fällen reagiert. Laut Justizminister Thomas Zwiefelhofer werden die Entwicklungen in Bezug auf radikal-islamistischen Extremismus von der Landespolizei aufmerksam verfolgt, die in ständigem Kontakt mit den zuständigen Stellen in Nachbarländern stehe. «Auch der Regierung ist die Gefahr durchaus bewusst, die von den radikal-islamistischen Terroror-

ganisationen im Nahen Osten ausgeht», erklärt er. Im Fürstentum sei aber bisher noch kein Fall bekannt, in dem sich junge Liechtensteiner den Dschihadisten in Syrien oder dem Irak angeschlossen hätten.

### Bis zu zehn Jahre Gefängnis

Auf die Frage, ob man denn auch rechtlich vorbereitet wäre, antwortete Zwiefelhofer: «In Liechtenstein

ist das Thema Terrorismus im Strafrecht geregelt.» Wer sich an einer terroristischen Vereinigung beteilige oder diese finanziell unterstütze, könne mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden. Zudem seien auch verwaltungsrechtliche Sanktionen nach dem Ausländer- oder dem Asylgesetz denkbar - etwas eine Ausweisung. Hier komme es aber auf den Einzelfall an. (df)

### Rassendiskriminierung

## Das Tragen und Zeigen des Hakenkreuzes ist verboten

**VADUZ** Aggressiv-nationalistische und populistisch-ausländerfeindliche Parteien gewinnen nach Einschätzung der Anti-Rassismus-Kommission des Europarates an Zulauf. Besonders Hassreden würden demnach in ganz Europa zu einem Problem. Nicht nur die Kommission fordert hier ein rasches Handeln. Auch VU-Abgeordnete Judith Oehri wollte in einer Kleinen Anfrage wissen, wie Liechtenstein in solchen Fällen vorgeht. Einerseits könnten die Mitglieder strafrechtlich verfolgt werden, erklärte Justizminister Thomas Zwiefelhofer. Zum anderen könne die Regierung «eine juristische Person von Amtes wegen liquidieren». Dies bedeutet, dass Vereine, die Liechtensteins Landesinteressen oder das Ansehen des Landes schädigen, aufgelöst werden.



Auf Oehris Frage, ob ein Verein als öffentlicher Ort oder als privater Raum angesehen wird, antwortete Zwiefelhofer: «Nach der Rechtsprechung ist es dabei nicht relevant, ob der Verein öffentlich auftritt oder sich die Mitglieder nur privat tref-

fen.» Strafbar mache sich, wer sich an einer Vereinigung beteilige, die Rassendiskriminierung fördert.

Zudem wollte Oehri wissen, ob das Hakenkreuz in Liechtenstein noch öffentlich getragen oder verwendet werden dürfe. Dies verneint der Justizminister. Jegliche Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen, Zeichen, Abbildungen oder andere Gegenstände dieser Art, die Rassendiskriminierung zum Inhalt haben, dürfen nicht öffentlich gezeigt werden. Das schliesse auch das Tragen des Hakenkreuzes mit ein. (df)

01. Oktober 2014

schliessen ▲

## Radikalisierung muslimischer Jugendlicher

Frage von: Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller

Antwort von: Regierungsrätin Aurelia Frick



### Frage vom 01. Oktober 2014

Die Radikalisierung insbesondere muslimischer Jugendlicher und die Anwerbung junger Menschen für Terrororganisationen wie die IS stellen europaweit ein ernstzunehmendes Problem dar. Die Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abg. Judith Oehri vom 3. September dieses Jahres ergab, dass die Landespolizei die Entwicklungen in unserem Lande sehr gut beobachtet. Zur Wahrnehmung des religiösen Umfeldes von muslimischen Jugendlichen sind naturgemäss besonders Lehrpersonen prädestiniert. Sie können etwa im Rahmen des interkulturellen Austausches mit der islamischen Gemeinschaft feststellen, wie liberal respektive konservativ die Glaubensgrundsätze vermittelt werden und ob sich daraus für die Jugendlichen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes eine Gefahr anbahnen könnte. So ist mir der Fall einer Schülerexkursion bekannt, die eine Realschulklasse in eine Moschee unternommen hat. Der jugendliche Übersetzer des Imams zeigte in seinen Äusserungen eindeutig seine radikal-islamische Einstellung. Der Vorfall wurde dem Schulamt gemeldet, das den Fall weiterverfolge. Dazu folgende Fragen:

1. Wurde der konkrete Fall durch das Schulamt weiterverfolgt?
2. Gibt es eine Verhaltensrichtlinie für Lehrpersonen oder ist eine solche für ähnliche Szenarien und Beobachtungen geplant?
3. Gibt es eine Kontrolle, wie in Liechtenstein die Glaubensgrundsätze des Islams ausgelegt und gelehrt werden?
4. Wenn nein, wie können muslimische Jugendliche, aber auch Jugendliche generell im Rahmen der Schularbeit vor einer Radikalisierung geschützt werden?

### Antwort vom 02. Oktober 2014

**Zu Frage 1:** Im September 2014 wurde das Schulamt von zwei Lehrpersonen darüber informiert, dass in der Grünen Moschee in Triesen ein junger Mann als Übersetzer tätig sei, der extreme Auffassungen vertrete. Dies sei im Zuge einer Klassenexkursion, welche kurz vor den Sommerferien stattgefunden habe, zu Tage getreten. Vor der Klasse habe der junge Mann fehlerhaft über die Geschichte des Islam referiert. Im anschliessenden privaten Gespräch mit der Lehrperson habe sich der junge Mann sodann sehr negativ über das Christentum geäussert, die Religionsgeschichte verdreht und sich für die Einführung der Scharia in Liechtenstein ausgesprochen. Von diesem Vorfall haben sich ein Vorstandsmitglied der Grünen Moschee sowie ein Vorstandsmitglied der Islamischen Gemeinschaft

des Fürstentums Liechtenstein gegenüber dem Schulamt schriftlich in aller Deutlichkeit distanziert. In Sorge um den Religionsfrieden und um den Erhalt religiöser Toleranz hat das Schulamt entschieden, den Vorfall der Landespolizei zu melden. Die Grüne Moschee sowie die Islamische Gemeinschaft wurden über diesen Schritt vorab informiert.

**Zu Frage 2:** Lehrpersonen und auch Schulsozialarbeiter sind grundsätzlich in der Lage zu entscheiden, wann eine Meldung an die vorgesetzten Stellen sinnvoll oder notwendig ist. Hierfür ist keine Verhaltensrichtlinie erforderlich. Die beiden Lehrpersonen haben im gegenständlichen Fall vorbildlich gehandelt.

**Zu Frage 3:** Hierzu können wir keine Auskunft geben, da dies nicht in den Aufsichtsbereich des Bildungsministeriums fällt.

**Zu Frage 4:** Zentraler Auftrag der Schule ist es, Kinder und Jugendliche zu Handlungsfähigkeit und Kritikfähigkeit, zu Konfliktfähigkeit und insbesondere zu Dialogfähigkeit wie auch zu Freiheit und Verantwortung zu erziehen. In diesem Sinn erfüllen die öffentlichen Schulen eine integrative Funktion. Denn in diesen kommen Kinder und Jugendliche aller Gesellschaftsschichten und aller Religionszugehörigkeiten zusammen. Gerade durch ausserordentliche Schulveranstaltungen, wie Besuche von Synagogen, Moscheen und Kirchen, können die religiöse Toleranz und das Miteinander gefördert werden. Insgesamt darf gesagt werden, dass Leitlinien und Zielsetzungen der öffentlichen Schulen jeder radikalen oder extremen Auffassung diametral entgegenstehen. Die Lehrerschaft nimmt diese Leitlinien und Zielsetzungen in der täglichen pädagogischen Arbeit sehr ernst.

**Gestützt auf Artikel 45 der Geschäftsordnung vom 19. Dezember 2012 für den Liechtensteinischen Landtag, LGBL 2013/Nr. 9 laden die unterzeichneten VU-Abgeordneten die Regierung ein, nachfolgende Fragen zu beantworten:**

In der Schweiz wurden von verschiedenen Parteien Massnahmen gegen die Verbreitung von radikalem Gedankengut gefordert. Diese Massnahmen sind nachfolgend in der Begründung der Interpellation aufgeführt. Die Interpellanten interessieren sich vor diesem Hintergrund für die Beantwortung folgender Fragen:

1. Für wie relevant schätzt die Regierung die Verbreitung von radikalem Gedankengut in Liechtenstein ein?
2. Mit welchen strafrechtlichen Konsequenzen müssen Personen rechnen, die sich einer Terror- oder Kampforganisation wie der IS anschliessen? Wird eine Verschärfung der Massnahmen im Strafrecht ins Auge gefasst? Prüft die Regierung die Einführung zusätzlicher Bestimmungen im Sinne eines separaten Terror-Symbole-Gesetzes, wie dies Österreich plant?
3. Würde es Sinn machen, die in der Schweiz geforderten Massnahmen auch in Liechtenstein umzusetzen? Wenn ja, ist ein koordiniertes Vorgehen mit der Schweiz und der EU in Bezug auf allfällige Massnahmen zur Verbreitung von radikalem Gedankengut möglich bzw. beabsichtigt?
4. Ist es möglich, Doppelbürgern (dies sind in der Regel Kinder, die einen liechtensteinischen Elternteil haben) die Staatsbürgerschaft abzuerkennen, wenn diese sich einer Terrororganisation im Ausland anschliessen?
5. Können Ausländer ausgewiesen werden, wenn sich diese Personen im Ausland einer terroristischen oder anderen Kampforganisation anschliessen?
6. Unter welchen Voraussetzungen kann Ausländern die Einreise verweigert werden? Würde die Teilnahme an Kampfhandlungen einer Terrororganisation oder einer anderen Kampforganisation als Verweigerungsgrund ausreichen? Falls nein, welche Gesetzesänderungen wären für diese Massnahmen notwendig?
7. Kann gewaltbereiten liechtensteinischen Islamisten die Ausreise nach heutiger Gesetzeslage verweigert werden, wenn eine Teilnahme an terroristischen Aktionen befürchtet werden muss? Falls nein, prüft die Regierung, so wie Deutschland dies aktuell tut, Möglichkeiten, um solche Personen an der Ausreise zu hindern?
8. Sind Präventions- und Informationsmassnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von radikalem Gedankengut geplant? Könnten solche gemeinsam mit der gemässigten islamischen Gemeinschaft durchgeführt werden?
9. Wie werden die gemässigten Vertreter des Islams vor islam- und ausländerfeindlichen Attacken geschützt?

**Begründung:**

Die Beantwortung der kleinen Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller zum Thema Radikalisierung muslimischer Jugendlicher hat gezeigt, dass radikales Gedankengut auch in Liechtenstein vorhanden ist. Die Verbreitung dieses Gedankengutes muss von Beginn an

unterbunden werden. Dies nicht zuletzt, um auch die gemässigten Vertreter einer Religion zu schützen. Die Interpellation zielt jedoch nicht nur auf radikale muslimische Gruppierungen ab, sondern soll generell die Möglichkeiten im Umgang mit Terrorismus und Extremismus aufzeigen.

Extremisten bieten in fremden Armeen ihre Dienste an und schliessen sich beispielsweise den radikalen IS-Kämpfern im Nahen Osten an. Sie werden auch in Europa radikalisiert und vor Ort ausgebildet. Es könnten Liechtensteiner, Schweizer-, EU-Bürger oder auch Drittausländer sein, Doppelbürger oder einfach Personen mit Aufenthaltsrecht in Liechtenstein, der Schweiz oder dem EU-Raum. Die Gerechtigkeit nach ihren extremen Massstäben umzusetzen, auch wenn dazu Mord und Totschlag gehören, ist ihr Ziel. Da Liechtenstein keine Insel ist, ist nicht auszuschliessen, dass sich solches Gedankengut auch im Inland verbreitet. Die VU-Fraktion beobachtet mit Sorge, wie sich die Situation in den umliegenden Staaten entwickelt. Noch sind es wenige bestätigte Fälle; die Dunkelziffer ist jedoch hoch. Der Bundesnachrichtendienst der Schweiz verfügt beispielsweise über Hinweise auf 55 – bestätigte und unbestätigte – Fälle dschihadistisch motivierter Reisebewegungen aus der Schweiz in Konfliktzonen im Zeitraum zwischen 2001 und September 2014. Rückkehrer, die in Kriegsgebieten gekämpft haben, sind schwer wiederintegrierbar und können aufgrund ihrer Radikalisierung sogar eine Gefahr für die Bevölkerung darstellen. Eine Verbreitung von radikalem Gedankengut durch Rückkehrer muss unter allen Umständen verhindert werden. Wichtig ist, mit den umliegenden Ländern einen engen Informationsaustausch zu betreiben und die beschlossenen Massnahmen zu koordinieren.

Es beteiligen sich aber auch junge Leute an Kampfhandlungen anderer Kampforganisationen als der IS. Generell stellt sich die Frage, wie man mit solchen Personen inskünftig umgeht und durch welche Massnahmen Terrorismus und Extremismus bekämpft werden können. Oft steht nicht eine religiöse Motivation hinter einer Radikalisierung, sondern eine tiefgreifende Orientierungslosigkeit.

#### **In der Schweiz geforderte Massnahmen**

In der Schweiz wurden von verschiedenen Parteien Massnahmen gegen die Verbreitung von radikalem Gedankengut gefordert. Unter anderem wurden folgende Massnahmen gefordert:

1. Personen, die eine Aufenthaltsbewilligung besitzen und im Ausland nachweislich und freiwillig für eine fremde Armee oder eine armeeähnliche, ideologisch motivierte Gruppierung gekämpft haben, muss die Wiedereinreise verweigert werden können. Sie verlieren damit auch ihr Aufenthaltsrecht. Nicht betroffen sind Personen, die von ihrem Heimatstaat gesetzlich verpflichtet sind, Militärdienst zu leisten.
2. Doppelbürger, die dieses Recht durch Einbürgerung erlangt haben und die im Ausland nachweislich und freiwillig für eine fremde Armee oder eine armeeähnliche, ideologisch motivierte Gruppierung gekämpft haben, soll das Bürgerrecht aberkannt werden. Mit der Aberkennung verliert die Person auch das Aufenthalts- beziehungsweise das Wiedereinreiserecht. Nicht betroffen sind auch hier Personen, die von ihrem Heimatstaat gesetzlich verpflichtet sind, Militärdienst zu leisten.
3. Des Weiteren wird ein Ausreiseverbot für potentielle Dschihad-Touristen gefordert, welche die Absicht äussern, in Kriegsgebiete zu reisen mit dem Ziel, an Kampfhandlungen teilzunehmen. Die Ausreisesperre kann so lange wie nötig verlängert werden. Einen Eintrag im Schengener Informationssystem SIS verhindert zudem, dass die mit Ausreisesperre belegte Person über ein anderes Land im Schengen-Raum ausreisen kann.
4. Zudem wird eine Stärkung von präventiven Massnahmen verlangt, wie die Überwachung von Aktivitäten von gewaltextremistischen Gruppierungen in sozialen Netzwerken. Damit können potentielle Gewaltextremisten rechtzeitig identifiziert werden und bei Aufruf zu Gewalt frühzeitig den Strafverfolgungsbehörden gemeldet werden. Im Bereich des religiösen Extremismus kann die Vermittlung von Grundwissen über die verschiedenen Religionen ebenfalls präventiv wirken. Des Weiteren muss die internationale Zusammenarbeit, zum Beispiel im Rahmen der Schengener Zusammenarbeit, bei der Prävention von grenzüberschreitendem Extremismus gestärkt werden.

# VU will Extremismus im Land von Beginn an unterbinden

**Landtag** Die VU machte am Dienstag mit einer Interpellation auf die Verbreitung von radikalem Gedankengut in Liechtenstein aufmerksam. Und spricht damit jedem Islamophobiker aus der Seele.

VON HANNES MATT

**B**ereits im Oktoberlandtag hat Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (VU) mit einer Kleinen Anfrage darauf hingewiesen, dass radikales Gedankengut auch in Liechtenstein vorhanden ist: Im September wurde nämlich ein junger Übersetzer bei einem Schulausflug in die Grüne Moschee in Triesen dabei ertappt, wie er extreme Auffassungen gegen das Christentum und die Einführung der Scharia in Liechtenstein äusserte. Grund genug für acht VU-Abgeordnete, dass «die Verbreitung dieses Gedankengutes von Beginn an unterbunden werden muss» - auch zum Schutz der gemässigten Vertreter einer Religion. Es heisst weiter: «Die Interpellation zielt jedoch nicht nur auf radikale muslimische Gruppierungen ab, sondern soll generell die Möglichkeiten im Umgang mit Terrorismus und Extremismus aufzeigen.»

## VU steht nicht allein

Die öffentliche Angst vor Terror geht momentan aber vor allem von den radikalen Auswüchsen des Islam aus: So macht der Islamische Staat (IS) mit medienwirksamen Enthauptungen oder die Terrorgruppe Boko Haram mit Mädchenentführungen auf sich aufmerksam. Solche Organisationen haben, dem guten Menschenverstand zum Trotz, regen Zulauf aus dem Ausland - Tausende schliessen sich dem «heiligen Krieg» in Syrien und im Irak an. Dieses zu unterbinden, hat sich die UNO vor Kurzem in einer Resolution gegen Terror-Tourismus auf die Fahnen geschrieben; die Umsetzung führt bereits zu grossen Debatten um den Konflikt mit den Grundrechten der



Junge Fanatiker der momentan bekanntesten Terrororganisation «Islamischer Staat», die in Syrien und im Irak aktiv ist. Sie rekrutiert ihre Soldaten zu Tausenden aus dem Ausland - sind auch Kämpfer aus Liechtenstein darunter? (Fotos: RM)

einzelnen Länder. Jedoch laufen Bestrebungen in ganz Europa, die Gesetze bezüglich radikalem Gedankengut zu verschärfen - auch in der Schweiz: So fordert die CVP, neben anderen Parteien, längere Haftstrafen für Schweizer, die an kriegerischen Auseinandersetzungen im Ausland beteiligt sind. Oder dass Mächtgern-Dschihadisten ihre Aufenthaltsbewilligung verlieren oder ihr Doppelbürgerrecht abgeben müssen.

## 55 Verdachtsfälle in der Schweiz

Laut des Nachrichtendienstes des Bundes gibt es Hinweise auf 55 bestätigte wie unbestätigte Fälle dschihadistisch motivierter Reisebewegungen aus der Schweiz in Konfliktzonen - seit 2001. «Noch sind es wenige bestätigte Fälle - die Dunkelziffer ist jedoch hoch», beobachtet die VU mit Sorge, wie sich die Situation in den umliegenden Ländern entwickelt. «Generell stellt sich die Frage, wie man mit solchen Personen inskünftig

umgeht und durch welche Massnahmen Terrorismus und Extremismus bekämpft werden können.» Im Lösungsansatz orientiert man sich an den Nachbarn, wie aus den Interpellationsfragen ersichtlich ist: Verschärfung des Strafrechts, ein separates Terror-Symbole-Gesetz (hauptsächlich gegen IS oder al-Qaida) wie in Österreich, Aberkennung der Staatsbürgerschaft bei terroristischen Doppelbürgern, Ausweisung wie Einreiseverbot bei Mitwirkung in einer Terror- beziehungsweise Kampforganisation oder bei «gewaltbereiten liechtensteinischen Islamisten» eine Verweigerung der Ausreise ins Ausland.

## Wird die Gefahr unterschätzt?

Die wichtigste Frage stellen die Interpellanten ganz am Anfang, nämlich «für wie relevant die Regierung die Verbreitung von radikalem Gedankengut in Liechtenstein einschätzt» und ob es überhaupt «Sinn macht, die in der Schweiz geforder-

ten Massnahmen auch in Liechtenstein umzusetzen?».

Wird hier eine Gefahr vernachlässigt? Gibt es gar eine religiös motivierte Terrorzelle im Fürstentum? Denn bisher war das Land vor allem für ausufernden Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit berüchtigt, etwa durch die Plyeraktionen der Europäischen Aktion (laut Landespolizei mit einem Sympathisantenkreis von etwa 20 Personen). Auch diese Art von Extremismus wird in der Interpellation nicht vergessen: So stellt die VU zum Schluss auch noch die Frage, wie gemässigte Muslime vor islam- und ausländerfeindlichen Attacken geschützt werden und wie die Präventions- und Informationsmassnahmen - zusammen mit der islamischen Gemeinschaft - durchgeführt werden können.

Die Interpellation gegen die Verbreitung von radikalem Gedankengut wird im Dezemberlandtag an die Regierung überwiesen.

# «Liechtenstein ist keine Insel»

Ein Übersetzer, der in Triesen Schüler mit radikalen Ansichten konfrontiert hat, hat deutlich offenbart, dass extremistisches Gedankengut auch vor Liechtenstein nicht halt macht. Die VU-Fraktion erkundigt sich daher nach der Handhabe des Staats im Kampf gegen solche Tendenzen.

HERIBERT BECK

**VADUZ.** Die Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller hat vor wenigen Wochen gezeigt, dass radikales Gedankengut auch in Liechtenstein aufkeimen kann. «Das Thema ist brandaktuell. Über die Berichterstattung betreffend die schrecklichen Ergebnisse in Syrien und Irak ist es schon längst in unsere Wohnzimmer gelangt und die Betroffenheit, welche diese Bilder und Nachrichten auslösen, ist auch hierzulande zu spüren», sagt Violanda Lanter-Koller zum Hintergrund der Interpellation.

**«Kern der Gesellschaft gefährdet»**

Das Verhalten eines Übersetzers in der Grünen Moschee in Triesen, welcher sich vor Realisierungen radikaler islamischer Äusserungen bediente, habe sie bewegt und aufgeschreckt. Ihre Kleine Anfrage habe sich noch explizit auf die Gefährdung und Radikalisierung muslimischer Jugendlichen bezogen und auf die Möglichkeiten, dem durch das Schulwesen gegenzusteuern. «Die Schule könnte in diesem Bereich ein Früherkennungssystem bilden, das auch für die nötige Sensibilisierung und Aufklärung sorgt. Von der leider nur oberflächlichen Beantwortung der Kleinen Anfrage durch die zuständige Bildungsministerin bin ich nicht befriedigt gewesen», so Lanter-Koller.

Ihr sei aber klar geworden, dass das Thema vielschichtig sei



Die beiden VU-Landtagsabgeordneten Violanda Lanter-Koller (l.) und Judith Oehri setzen sich gegen extremistisches Gedankengut ein.

und verschiedene Fragen aufwerfe, die nicht nur Jugendliche oder den Islam im Besonderen betreffen, sondern generell die Zunahme von Extremismus und Terrorismus. «Diese Phänomene bedrohen den Kern einer Gesellschaft und rechtfertigen es unseres Erachtens, den möglichen Umgang damit in Liechtenstein einmal genauer auszuleuchten.» Diese Öffnung des Themas sei auch insofern nötig, damit eine Abgrenzung zu den gemässigten Vertretern des Islams stattfinden

könne. Schliesslich stelle sich die Frage der Umsetzung von allfälligen Massnahmen und der diesbezüglichen Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Nachrichtendiensten. Fragen, welche die VU-Fraktion zum Gegenstand einer Interpellation gemacht hat.

**Gegen jeglichen Extremismus**

«Die Verbreitung radikalen Gedankenguts muss von Beginn an unterbunden werden. Dies nicht zuletzt, um auch die ge-

mässigten Vertreter einer Religion zu schützen», schreibt die VU-Landtagsfraktion in der Begründung ihrer Interpellation.

Explizit ziele der parlamentarische Vorstoss denn auch nicht ausschliesslich auf radikale muslimische Gruppierungen ab, sondern solle generell die Möglichkeiten im Umgang mit Extremismus und Terrorismus aufzeigen.

**Strafrechtliche Konsequenzen**

Dementsprechend möchte die VU-Fraktion von der Regie-

rung zunächst wissen, wie sie die Verbreitung von radikalem Gedankengut in Liechtenstein einschätzt.

Weiter interessieren sich die Interpellanten für strafrechtlichen Konsequenzen, mit denen eine Person rechnen muss, die sich einer Terrororganisation anschliesst und ob eine Verschärfung des Strafrechts angedacht ist. Auch eine Übernahme von Schweizer Massnahmen bzw. ein koordiniertes Vorgehen mit der Schweiz oder der Euro-

päischen Union können sie sich vorstellen.

**Reisebeschränkungen angedacht**

Ein weiterer Teilkomplex der Interpellation beschäftigt sich mit den Möglichkeiten, Ein- bzw. Ausreiseperrnen für Extremisten auszusprechen und der Frage, ob es möglich ist, Doppelbürgern, die Liechtensteiner Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn sie sich im Ausland einer Terrororganisation anschliessen.

Schliesslich fragt die VU-Fraktion nach allfälligen Präventions- und Informationsmassnahmen zur Bekämpfung von radikalem Gedankengut – allenfalls in Kooperation mit gemässigten religiösen Gemeinschaften.

**Situation mit Sorge beobachtet**

Liechtenstein ist zwar bisher nicht mit Problemen wie der Abwanderung junger Einwohner als Kämpfer in ein Kriegsgebiet oder mit offener Gewalt konfrontiert worden. Die VU-Landtagsfraktion beobachtet aber mit Sorge, wie sich die Situation in den umliegenden Staaten entwickelt – und sie ist überzeugt: «Da Liechtenstein keine Insel ist, ist nicht auszuschliessen, dass sich solches Gedankengut auch im Inland verbreitet.»

Einen Beitrag, dem entgegenzuwirken, soll nun die Beantwortung der Interpellation durch das Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft unter der Leitung von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer leisten.

# «Gefährlich sind die Rückkehrer»

Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verbreitet ihr radikales Gedankengut übers Internet und lockt damit viele junge Menschen in den Krieg. Polizeichef **Jules Hoch** spricht im Interview über die Gefahren dieser Entwicklung und inwiefern auch Liechtenstein betroffen ist.

**MANUELA SCHÄDLER**

*Die Landtagsfraktion der Vaterländischen Union hat eine Interpellation betreffend die Verbreitung von radikalem Gedankengut eingebracht. Die darin gestellten Fragen orientieren sich an den jüngsten Entwicklungen in der Schweiz oder Deutschland angesichts der wachsenden Zahl junger Männer aus diesen Ländern, die sich terroristischen Organisationen anschliessen. Konkret ist damit die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) gemeint. Ist diese Gefahr in Liechtenstein wirklich vorhanden?*

**Jules Hoch:** Der Islamische Staat oder IS benutzt für seine Propaganda vor allem das Internet und speziell soziale Netzwerke. Professionell produzierte Videoclips werden über Youtube verbreitet und sollen ganz gezielt auch junge Muslime in westlichen

## Die Propaganda-botschaft des IS ist auch in Liechtenstein zugänglich.

Ländern ansprechen. Die Clips sind teilweise mit Musik hinterlegt und zeigen bewaffnete Männer, die in der Wüste in den Sonnenuntergang fahren. Vom IS werden für solche Clips oft auch Muslime aus westlichen Ländern eingesetzt, um in ihrer jeweiligen Muttersprache andere junge Muslime in Europa für den Terror des IS in Syrien und im Irak zu begeistern. Diese Propagandabotschaften des IS sind auch in Liechtenstein zugänglich, weshalb grundsätzlich auch bei uns das Risiko einer Radikalisierung junger Muslime und einer Begeisterung für den IS besteht.

*Sind bereits Fälle von jungen Menschen in Liechtenstein, die sich dem IS zuwenden, bekannt? In Triesen soll eine Person vor einer Schulklasse für den radikalen IS propagiert haben.*

**Jules Hoch:** Der Landespolizei liegen keine Erkenntnisse vor, dass Personen in Liechtenstein

mit IS-Mitgliedern in Kontakt stehen oder sogar schon in diese Region gereist sind. Von dem Vorfall in Triesen hat die Landespolizei Kenntnis. Hier sind noch weitere Abklärungen im Gange.

*Was passiert mit Personen, die, wie im Fall von Triesen, durch extreme Äusserungen auffallen?*

**Jules Hoch:** Bei solchen Meldungen wird der Sachverhalt abgeklärt und eine «Gefährdungsbeurteilung» durchgeführt. Das bedeutet, dass die Person von uns angesprochen und über den Vorfall befragt wird. Es ist wichtig, dass solche Personen wissen, dass sie auf dem Radar der Polizei sind. Von solchen Ansprachen kann eine präventive Wirkung ausgehen, da die Person aus ihrer vermeintlichen Anonymität geholt wird.

*Anlässlich des Bürgergesprächs sagte Regierungschef Adrian Hasler, dass die Landespolizei beauftragt*

*ist, die Entwicklung in Sachen IS-Terror zu beobachten. Was muss man sich unter dieser Aussage vorstellen?*

**Jules Hoch:** Die Landespolizei hat den gesetzlichen Auftrag, sich mit religiösem und politischem Extremismus sowie den Personen, die sich in solchen radikalisierten Milieus bewegen, zu befassen. In der Vergangenheit war hier vor allem der Rechtsextremismus ein zentrales Thema. Aber auch Hinweise auf Einzelpersonen oder Personengruppen, die durch Äusserungen oder Verhaltensweisen den Verdacht des religiösen Extremismus wecken, wird konsequent nachgegangen. Die aktuelle Situation um den IS hat unsere Wachsamkeit im Bereich religiöser Extremismus natürlich erhöht. Doch bedeutet dies nicht, dass wir Personen und Gruppen permanent überwachen. Dafür haben wir weder die Ressourcen noch die Rechtsgrundlage.

*Ist Liechtenstein in Kontakt mit anderen Ländern, um die Lage um den IS-Terrorismus beobachten und beurteilen zu können?*

**Jules Hoch:** Der Kontakt zu ausländischen Sicherheitsbehörden ist für uns sehr wichtig, da wir weder die Möglichkeiten haben, im Ausland – und speziell auch im Operationsgebiet des IS – eigenständig Informationen zu beschaffen, noch das Internet systematisch nach möglichen Kontakten von Personen in bzw. aus Liechtenstein zum IS-Umfeld zu monitorieren. Dank unserer Kontakte zu ausländischen Sicherheitsbehörden gehen wir jedoch davon aus, dass wir zeitnah

## Kontakt zu ausländischen Sicherheitsbehörden steht.

Kenntnis über solche Aktivitäten erlangen und so die notwendigen Sicherheits- und Strafverfolgungsmassnahmen einleiten könnten.

*Weshalb, denken Sie, entscheiden sich so viele junge Muslime aus den westlichen Ländern, sich den IS-Truppen anzuschliessen?*

**Jules Hoch:** Eine gesicherte Antwort kann ich auf diese Frage nicht geben. Es gibt Hinweise, dass vor allem junge männliche Muslime aus Migrationshintergrund, die in der Phase der Identitätsfindung sind und Schwierigkeiten haben, ihren Platz in der westlichen Gesellschaft zu finden, sich zu diesem Schritt entscheiden. Diese jungen Menschen sind offenbar sehr empfänglich für die radikalen und simplen Botschaften des IS. Für mich sehr schwer nachzuvollziehen ist auch der Umstand, dass sich anscheinend immer mehr junge Frauen von der Propaganda des IS angesprochen fühlen und ebenfalls in die Konfliktregion aufbrechen.

*Dass sich gerade auch junge Frauen*



Polizeichef Jules Hoch spricht im Interview über die Auswirkungen der Propaganda des IS.

*für den Krieg entscheiden, ist schon erstaunlich.*

**Jules Hoch:** Ja, für mich ist das in der Tat unverständlich. Dass junge Frauen, die in einem aufgeklärten Europa aufwachsen und zur Schule gehen, plötzlich mitten, in einem Kalifat oder Gottesstaat mittelalterlicher Ausprägung leben zu wollen, macht ratlos. Ich kann mir wirklich nicht erklären, was in diesen jungen Frauen abläuft. Allerdings zeigt dieses Phänomen auch, wie professionell, wirkungsvoll und daher gefährlich die Propaganda des IS ist.

*Was bedeutet diese Entwicklung, dass sich immer mehr junge Menschen aus umliegenden Ländern entscheiden, in dem Dschihad zu ziehen? Welche Gefahren birgt das?*

**Jules Hoch:** Ich denke, hier gibt es zwei Aspekte zu erwähnen. Der Umstand, dass Hunderte von Europäern in den arabischen

Raum reisen, sich einer Terrororganisation anschliessen und abgesehen von Verbrechen an der dortigen Bevölkerung begehen, ist nicht zu tolerieren. Hier sind wir in Europa gefordert. Vor diesem Hintergrund wird aktuell ja auch in vielen Ländern über Reisebeschränkungen und Strafrechtsverschärfungen diskutiert.

## Die Rückkehrer aus der Kriegsregion stellen eine potenzielle Gefahr dar.

Die eingangs erwähnte Interpellation der VU zielt ebenfalls in diese Richtung. Aus polizeilicher Sicht stellen die Rückkehrer aus der Kriegsregion eine potenzielle Gefahr dar. Wie werden sich diese jungen Menschen mit Kampferfahrung, die durch das Erlebte möglicherweise noch mehr radikalisiert worden sind und sich nun wieder in unsere

westlichen Gesellschaften integrieren sollen, verhalten? Bringen sie den Dschihad nach Europa und geht somit von diesen Rückkehrern eine ernste Gefahr für Terroranschläge aus? Diese Fragen sind es, die die Sicherheitsbehörden in den westlichen Staaten aktuell beschäftigen.

*Besteht diese Gefahr auch für Liechtenstein?*

**Jules Hoch:** Wie bereits erwähnt, haben wir keine Kenntnis von Personen aus Liechtenstein, die sich im Konfliktgebiet aufhalten. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass aus der Schweiz etwa 40 und aus Deutschland gegen 500 Personen in die Kriegsregion gereist sind, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich Liechtensteiner dort aufhalten, verschwindend gering. Die Rückkehrergefahr stellt sich damit bei uns aktuell nicht.

*Liechtenstein muss also keine Angst vor Terroranschlägen haben?*

**Jules Hoch:** Wir haben keine Hinweise darauf, dass Liechtenstein ein Ziel von IS-Anschlägen wäre. Verwirrte Einzelgänger wie in Ottawa oder New York können aber grundsätzlich natürlich überall ihren Hass ausleben. Da unser Land in der Konfliktregion keine nennenswerte Rolle spielt, besteht meiner Meinung nach in Liechtenstein jedoch ein ausserst geringes Anschlagrisiko.

*Wie kann Ihrer Ansicht nach der Verbreitung des radikalen Gedankenguts des IS entgegenwirken werden?*

**Jules Hoch:** In Europa werden diesbezüglich unterschiedliche Überlegungen angestellt. So wird darüber nachgedacht, dass die Behörden der IS-Propaganda im Netz mit eigenen präventiven Botschaften und Inhalten begegnen könnten. Ebenfalls wird über sogenannte Anti-Radikalisierungsprogramme diskutiert, um junge Menschen wieder aus den religiösen Fängen der IS zu lösen. Der Königsweg, wie einerseits die Radikalisierung von jun-

## Der Kontakt mit den muslimischen Gemeinschaften ist sehr wichtig.

gen Muslimen durch IS-Propaganda verhindert und andererseits bereits radikalisierte Personen wieder vom IS-Fanatismus weggebracht werden können, ist bisher aber nicht gefunden worden. Aus meiner Sicht spielen aber die muslimischen Gemeinschaften selbst bei der Früherkennung von Radikalisierungsprozessen bei ihren Mitgliedern eine zentrale Rolle. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Behörden in Kontakt mit den muslimischen Gemeinschaften stehen, um gemeinsam auf Radikalisierungstendenzen zu reagieren. Der Kontakt zwischen den muslimischen Communities und den Behörden ist daher gerade jetzt ausgesprochen wichtig.

*Besteht die Gefahr, dass die Angst vor dem IS-Terror nun die ganze muslimische Gemeinschaft unter Generalverdacht stellt und islamfeindliche Haltungen in der Bevölkerung Auftrieb erhalten?*

Diese Fragen sind es, die die Sicherheitsbehörden in den westlichen Staaten aktuell beschäftigen. Das wäre fatal! Es muss angesichts der IS-Diskussion deutlich gemacht werden, dass die Muslime in unserem Land mit einem Islamverständnis, wie es vom IS vertreten wird, aber auch gar nichts gemein haben. Ich bin überzeugt, dass die Gräueltaten, die vom IS mit

## Die Muslime in unserem Land haben mit dem radikalen IS nichts gemein.

dem Koran legitimiert werden, in Liechtenstein von allen vernünftigen Menschen – unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit – verabscheut und verurteilt werden.

# Radikales Gedankengut darf kein Gehör finden

**MANUELA SCHÄDLER**

**VADUZ.** Der Landtag hat gestern die Interpellation der VU-Fraktion betreffend Massnahmen gegen die Verbreitung von radikalem Gedankengut an die Regierung überwiesen. «Uns geht es um die Einschätzung der Regierung, wie es um die Verbreitung von radikalem Gedankengut in Liechtenstein steht», sagte Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller. Dabei gehe es um radikales Gedankengut im Generellen und nicht nur um radikal-islamische Einstellungen. Ausserdem wollen die Interpellanten von der Regierung wissen,

wie mit allfälligen extremistischen «Rückkehrern» aus einem Krisengebiet umgegangen wird. Sie stellen Fragen nach der liechtensteinischen Rechtslage und ob ein allfälliger Handlungsbedarf besteht. «Weiters interessieren wir uns für allfällige Präventions- und Informationsmassnahmen sowie den Schutz der gemässigten Vertreter des Islams», sagte Violanda Lanter-Koller. Denn es bestünde die Gefahr einer Verbreitung der Ausländer- und Islamfeindlichkeit. Die Interpellanten weisen weiters darauf hin, dass der Kontakt mit muslimischen Gemeinschaften in dieser Sache wichtig sei.

Hintergrund

## Wehret den Anfängen: Im Kreuzzug gegen Dschihadisten

**Interpellation** Inwieweit macht sich auch im bislang friedlichen Liechtenstein radikal-islamisches Gedankengut breit und wie kann dagegen wirksam vorgegangen werden? Mit diesen Fragen wandte sich die VU-Fraktion im Rahmen einer Interpellation im Landtag an die Regierung.

VON JOHANNES MATTIVI

Könnte Liechtenstein, das seit 1868 keine eigene Armee mehr besitzt und sich in allen nachfolgenden europäischen Konflikten – inklusive Erster und Zweiter Weltkrieg – neutral verhalten hat, plötzlich auch eine Quelle für dschihadistische Söldner werden, wie es in anderen europäischen Ländern bereits der Fall zu sein scheint? Oder besteht zumindest die Gefahr, dass sich auch in Liechtenstein unter Muslimen salafistisches und IS-dschihadistisches Gedankengut verbreitet?

Aufgeschreckt von einem singulären Vorfall im Sommer, als ein Übersetzer in der privat geführten Grünen Moschee in Triesen vor einer Liechtensteiner Realschulklasse mit radikalen islamistischen Aussagen negativ aufgefallen war, und erschreckt

von diversen islamistischen Entwicklungen in den Nachbarländern, stellt die VU-Fraktion in ihrer «Interpellation betreffend Massnahmen gegen die Verbreitung von radikalem Gedankengut» neun besorgte Fragen, wie das potenzielle Aufkeimen von radikal-islamischen Gedankengut im Land im Ansatz erstickt werden könnte und wie die Regierung mit potenziellen liechtensteinischen IS-Terror-Touristen und -Söldner umgehen würde. Wehret den Anfängen, also. Doch welchen Anfängen?

### Keine Gefahr durch Islamismus

Eine «Volksblatt»-Nachfrage bei der Landespolizei gibt Entwarnung für die Situation im Land. Die Beobachtung der Entwicklungen im religiösen Extremismus – und hier speziell des islamistischen Extremismus –

sei eine permanente Aufgabe der Landespolizei, hält Polizeisprecherin Sibylle Marxer fest. Bisher hätten jedoch keine speziellen Veränderungen der Lage festgestellt werden können. Insbesondere lägen keine Erkenntnisse vor, wonach radikalisierte Personen ins irakisch-syrische Kriegsgebiet gereist oder an Kampfhandlungen im Ausland teilgenommen hätten. «Die Landespolizei verfügt über keine Erkenntnisse, wonach sich die Situation im religiösen und speziell im islamistischen Extremismus in Liechtenstein konkret verschärft hat», beruhigt die Polizeisprecherin.

«Die Landespolizei wird die Entwicklung in diesem Bereich jedoch beobachten und bei Bedarf entsprechende Schritte einleiten. Auch steht die Landespolizei mit ausländischen Sicherheitsdiensten in Kon-

takt, um frühzeitig über allfällige terroristische Bezüge in unser Land informiert zu werden.»

Im Zusammenhang mit dem erwähnten Fall (Grüne Moschee) habe die Landespolizei Ermittlungen durchgeführt, erklärt Polizeisprecherin Marxer. «Es wurden jedoch keine Hinweise auf religiösen Extremismus festgestellt.»

### Selbst Rechts-Extreme ruhig

Und wie sieht die Lage bei anderen, schon bekannten Extremismuserscheinungen in Liechtenstein aus? Immerhin verbrämt die VU-Interpellation ihre dschihad-spezifische Anfrage mit der generellen Frage nach extremem Gedankengut im Land. Eine strukturierte, gewaltbereite linke Szene existiert nach Erkenntnissen der Landespolizei in Liechtenstein schon einmal generell

nicht. Im Bereich des (bekannteren) Rechtsextremismus sei es in den vergangenen zwei Jahren zu keinen grösseren Vorfällen mehr gekommen und es hätten auch keine strafrechtlich relevanten Ereignisse verzeichnet werden können, gibt Polizeisprecherin Sibylle Marxer auch im diesem Bereich Entwarnung.

«Speziell unter Beobachtung standen insbesondere die Aktivitäten der Europäischen Aktion», so Marxer, «wobei zu erwähnen ist, dass deren Aktionen in Liechtenstein im vergangenen Jahr deutlich abgenommen haben. Die Gründe hierfür liegen einerseits in einem verstärkten Selbstverständnis als politische Gruppierung und andererseits in dem Null-Toleranz-Ansatz, den Justiz und Polizei in Bezug auf ideologisch motivierte Vorfälle verfolgen.»

Liechtensteiner Vaterland, 31. Dezember 2014, S. 6 (Jahresrückblick, Monat Mai 2014):

## Keine Toleranz für Rechtsextremismus

VADUZ. Am 5. Mai wird der Öffentlichkeit der Monitoringbericht «Rechtsextremismus in Liechtenstein 2013» vorgestellt. Dieser fällt aus Sicht der Verantwortlichen positiv aus. Es wurden 2013 keine Gewaltvorfälle registriert, die rechtsextremen Kreisen zuzuschreiben waren. «Dies darf durchaus auch als Erfolg der Bemühungen der Regierung in den letzten vier Jahren gewertet werden, rechte Gewalt und fremdenfeindliche Ideologien konsequent zu bekämpfen», so Innenminister Thomas Zwiefelhofer vor den Medien.

## **ANHANG 4: DOKUMENTE AUS DER SZENE**

Anhang zu  
Rechtsextremismus in Liechtenstein  
Monitoringbericht 2014

### **Dokumente aus der Szene**

**Öffentliche Aktionen**  
**Flugblätter**  
**Internetplattformen**

# Die Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein im Jahre 2014

Administrator / 18. Februar 2014



Es ist soweit! Wie zum Ausklang unseres Jahresrückblickes 2013 bereits angekündigt und versprochen, meldet sich die VJFL im neuen Jahr mit frischem Wind und einem überarbeiteten Strategiemodell im Aufklärungsfeldzug der Wahrheit zurück. Wer die politischen Entwicklungen in Liechtenstein und Europa beobachtet, merkt schnell: Das politische und

wirtschaftliche System der Gegenwart befindet sich in einer unausweichlichen Sackgasse und wird von einer immer grösser werdenden Anzahl Menschen fundamental in Frage gestellt. Das Wahlverhalten unserer Nachbarn aus der Schweiz ist lebendiger Ausdruck für den organisierten Willen des Volkes gegen eine lebensbedrohliche Masseneinwanderung rassistisch und kulturell fremder Völker. Die internationalen Zusammenhänge dieser volks- und lebensfeindlichen Politik werden allmählich sichtbar und die geknebelten Völker beginnen nach einer Alternative zu suchen, was sich auch in der Auswertung von internationalen Meinungsumfragen zu diesem Thema widerspiegelt. In allen Ländern Europas laufen die zerstörerischen Entwicklungen des Projektes „Multikulti“ nach dem gleichen Muster ab, was sich einzig unterscheidet ist deren Ausmass. Die herrschenden Politiker in den Parlamenten Europas vertreten schon lange nichtmehr die Interessen des Volkes und haben sich durch ihr verantwortungsloses Handeln bereits das eigene Grab geschaufelt. Die Einsicht über die Folgen dieser Entwicklungen, gepaart mit einer ablehnenden Haltung diesem System gegenüber reichen jedoch nicht aus, um dem zersetzenden Einfluss dieses Systems aus Lug, Betrug, Heuchelei und Unwahrheiten zu entgehen. Wir müssen endlich ausbrechen aus dieser monotonen und gleichgeschalteten Mentalität des „vor sich hinvegetieren“. Was hindert uns denn daran, uns aktiv gegen das Wirken dieser politischen

Einfallspinsel einzubringen! Es ist dies in erster Linie der fehlende Glaube daran, überhaupt etwas an dieser lebensbedrohlichen Lage ändern zu können. Um überhaupt wirksam zu werden und uns nicht ständig selbst ins Abseits zu katapultieren, bedarf es einer dynamischen, volksnahen und überzeugenden Aufklärungsarbeit, denn die breit gestreute Meinung, dass es sich bei der volkstreuen Bewegung um eine extremistische Randgruppe mit fremdenfeindlicher und beschränkter Sichtweise handle, ist nach wie vor fest im Volk verankert. Die manipulative Berichterstattung der Medien über unsere Weltanschauung und der damit im Einklang stehenden Arbeit können wir leider nicht einstellen, jedoch können wir durch unsere eigene Lebenshaltung aktiv zu unserer positiven Aussenwahrnehmung beitragen. Wenn es uns gelingt, die Herzen und Seelen der Menschen zu berühren, so sind wir unserem Ziel bereits ein kleines Stück näher gekommen. Dies war und ist auch der strategische Grundsatz der volkstreuen Jugend Liechtensteins. Jedoch muss man sich auch immer wieder fortlaufend selbst prüfen und die eigene Arbeit unter kritischem Blickwinkel reflektieren lassen. Dies nicht, um die bisherige Arbeit als fehlerhaft zu kategorisieren und über Bord zu werfen, sondern vielmehr, um Verbesserungen und Fortschritte darin einzugliedern. Was nützen der grösste Idealismus und die beste Denkarbeit, wenn sie ihre Wirkung nur mässig erzielt?

Wir sind uns absolut im Klaren darüber, dass wir mit unserer lebensgesetzlichen und der natürlichen Schöpfung im Einklang stehenden Weltanschauung nicht irren oder weltfremd sind, sondern vielmehr die geistige Fackel zur völkisch-kulturellen Wiederbelebung der europäischen Herzen durch diese tiefschwarze Nacht tragen. Dass unsere Arbeit nicht wirkungslos bleiben sollte, zeigte sich schnell. Doch beschränkte sich die Wirkung nicht ausschliesslich auf die hetzerisch gestaltete Berichterstattung in der Systempresse sowie der staatlichen Repressionsmassnahmen, vielmehr wurde eine Grosszahl positiver Reaktionen und Rückmeldungen an uns herangetragen. Bei zahlreichen Gesprächen kristallisierte sich die Meinung heraus, dass unsere veröffentlichten Schriften wohl sehr interessant, auf Grund der Wortwahl jedoch teilweise sehr schwer zu verstehen wären. Wir sind unseren Lesern dankbar für diese ehrliche und aufrichtige Rückmeldung und haben es zur Leitlinie unserer neuen Strategie erklärt, einfache, verständliche und für alle nachvollziehbare Schriftstücke zu verfassen.

Den Anfang unserer neu strukturierten Aufklärungsarbeit macht ein Antwortschreiben auf eine brennende Frage des Weltgeschehens, die uns ein anonym Interessent per E-Post zugestellt hat. Der junge Mann richtete sich bereits vor einiger Zeit mit der Frage an uns, wie sich die Volkstreue Jugend des Fürstentum Liechtenstein zum Staat Israel positioniere. Wir haben uns dazu entschlossen, das Antwortschreiben in mehrere Teile aufzusplittern und aufeinanderfolgend auf unserer Weltnetzseite zu veröffentlichen. Einerseits, um diese aus unserer Sicht äusserst interessante Frage nicht stiefmütterlich behandeln zu müssen und andererseits um den Artikel etwas lesefreundlicher zu gestalten.

Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein

Immer aktuell informiert:  
RSS-Feed der VJFL



[Altermedia Deutschland - Topliste](#)



Start | Ziele | Mitglied werden | Fördermitgliedschaft | Kont

Die Jugend für Deutschland

DER AKTIVIST  
DIE Jugendzeitschrift

Startseite | NBK | Die Früchte eines Europakongresses – JN-Schulungsleiter in der Schweiz bei PNOS und EA Liech

## Die Früchte eines Europakongresses – JN-Schulungsleiter in der Schweiz bei PNOS und EA Liechtenstein

09  
APR  
2014



Auf Einladung aus dem deutschsprachigen Ausland fuhr eine JN-Delegation am 4. April zu einer Veranstaltung der Europäischen Aktion Liechtenstein, um dort zum Leitthema „Europa als Lebenskampfgemeinschaft“ zu sprechen. Als Vertreter des Bundesvorstandes fuhr der Schulungsleiter, Pierre Dornbrach, zusammen mit einem Stützpunktleiter in die Schweiz, um dort auf viele europäisch denkende Kameraden zu treffen.

Zunächst wurden die JN im nahegelegenen Fürstentum Liechtenstein umher geführt. In dem wunderschönen Alpenland bahnte sich den jungen Mitstreitern ein Bild faszinierender Landschaft verziert von Grünland und Blumenwiesen. Oben drauf das scheinbar immer zusehende blaue Dach, womit wir in Deutschland stets die Alpen verbinden. Auch die Menschen im Fürstentum und der Schweiz waren den deutschen Jugendlichen mehr als angenehm in Sprache und Kultur. Die Häuser und Bauten der Hauptstadt Vaduz, die von einer architektonischen Meisterleistung zeugen, ließen keinen Zweifel an dem europäischen Geist, der hinter den Fassaden steckt.

Am nächsten Tag traf man sich in einem Vorort in der Schweiz, um zusammen über die grundlegende Zukunft der europäischen Völker zu sprechen. Zunächst sprach der Nahost-Experte und Buchautor Richard Melisch über die „USA auf dem Weg in die Dritte Welt“. Melisch rechnete den Anwesenden vor, dass es sich nur noch um wenige Jahrzehnte handeln würde, bis die Weißen in Amerika gegenüber den Hispanics und den Schwarzen die Minderheit darstellen.



Danach sprach Pierre Dornbrach zu den Anwesenden. Er sprach über das europäische Menschengeschlecht, das sich eher durch geistige wie ideelle Werte beschreiben lässt. Die geographisch gezogenen Grenzen seien nicht die entscheidenden Kriterien für die europäischen Völker.

Am Abend saßen die Vertreter der JN noch mit dem stv. Parteipräsidenten der PNOS (Partei National Orientierter Schweizer), Adrian Segessenmann, kroatischen Parteimitgliedern der HCSP (*Hrvatska čista stranka prava*), Österreichern und führenden Mitgliedern der EA Liechtenstein zusammen, um über eine mögliche gemeinsame Zielausrichtung in der Zukunft zu sprechen.

Es wurden viele angeregte Gespräche geführt und man konnte sich näher kennenlernen. Die anwesenden Vertreter der jeweiligen Parteien und Organisationen waren sich einig, dass es auch in Zukunft weitere Aktionen und Zusammenkünfte geben muss.

Die europäische Freiheitsidee ist mittlerweile in aller Munde – und Europa auf dem Vormarsch.

Die EU ist altbacken, WIR leben das neue Europa!

***Nationaler Bildungskreis***



## Die Europäische Gemeinschaftsfront nimmt Gestalt an – Vortragsveranstaltung der EA Liechtenstein

Erst kürzlich berichtete die Europäische Aktion ausführlich über ihre Teilnahme am Europakongress der Jungen National- demokraten vom 22.März und dem weitreichenden, geistigen Horizont dieser äusserst erfolgreichen und lobenswerten Veranstaltung.

Aus dem Europakongress hervorgegangen ist nicht nur ein gestärktes Gemeinschafts- bewusstsein innerhalb der europäischen Völker, sondern vielmehr auch die Erkenntnis um die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Einheitsfront im Kampf gegen die dämonische Zersetzungspolitik der EU und ihrer volksfeindlichen Kommissare. Was der Deutsche als Gemeinschaft bezeichnet, betitelt der Engländer als „unity“, zum Ausdruck bringen beide das Gleiche.

Es genügt jedoch nicht, nur geistig/weltanschaulich eine Einigkeit zu erzielen, denn um überhaupt Aussicht auf Erfolg zu haben, muss der politische Kampf zwingend auch auf der Ebene einer direkten Zusammenarbeit erfolgen. Die EA erachtet ihre 7 Ziele nicht aus dem Blickwinkel irgendwelchen Konkurrenzdenkens zu bereits bestehenden Organisationen heraus, sondern zum Zwecke der Zusammenfindung aller volks- und heimatstreuen Kräfte in Europa und der anschliessenden Bildung einer europäischen Kampfgemeinschaft.

Das Kernziel der Europäischen Aktion ist es, den schläfrigen Europäern ihre existenzielle Notlage aufzuzeigen und Klarheit über die Ursachen ihres gegenwärtigen Niederganges zu schaffen, um anschliessend eine von starken Herzen und klaren Köpfen getragene Befreiungsbewegung der europäischen Völker entstehen zu lassen. Der Gedanke eines gesamteuropäischen Kampfes, welcher bereits den unzähligen Freiwilligen in den Reihen der Waffen-SS glühendes Ideal gewesen ist, muss zu Ende gedacht und umgesetzt werden. Am Ende unseres steinigen Weges steht eine neue europäische Lebensordnung auf der Grundlage einer ganzheitlichen Weltanschauung und unter Berücksichtigung natürlicher Gesetzmässigkeiten, welche durch zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse aus Evolution, Genetik und Verhaltensforschung gestützt werden.

Aus diesem Beweggrund heraus hat sich die EA dazu entschlossen, den zahlreich gemachten Aufforderungen in den Redebeiträgen nach künftiger Zusammenarbeit mit gutem Beispiel voranzugehen und den wertvollen Kontaktaustausch am Europakongress konstruktiv zu nutzen. So führte die EA Liechtenstein bereits zwei Wochen später, am 05.April 2014 eine erfolgreiche Vortragsveranstaltung unter Beteiligung einer Delegation der Jungen Nationaldemokraten im Raum Ostschweiz durch.



Als Redner wirkte der im Bundesvorstand der Jungen Nationaldemokraten aktive Pierre Dornbrach mit einem Vortrag zum Thema „Europa als Lebenskampfgemeinschaft“. Dornbrach ist Bundesschulungsleiter der JN und Vorsitzender des Nationalen Bildungskreises NBK. Inhaltlicher Schwerpunkt des Vortrages bildete die ausführliche Definition des europäischen Menschengeschlechts aus metaphysischer Sicht. Zum Abschluss seines Vortrags verwies Pierre nochmals auf die essenzielle Notwendigkeit eines grenzüberschreitenden Befreiungskampfes der europäischen Völker. Im Anschluss an den offiziellen Redebeitrag folgte eine kurze Diskussionsrunde, die einige Teilnehmer nutzten, um explizite Fragen oder Anregungen an den Referenten heranzutragen.

Der zweite Redner des Abends war Richard Melisch aus Wien, ein versierter Nahost-Kenner, Globalisierungsexperte und Buchautor. Melisch lebte und arbeitete rund 30 Jahre im arabischen Raum und kennt die unterschiedlichen Wirtschafts- und Politsysteme dieser Welt wie kein Zweiter. Die Vortragsveranstaltung der EA Liechtenstein bereicherte Melisch mit einem äusserst interessanten und lehrreichen Vortrag zum Sachthema „Die USA auf dem Weg in die 3. Welt“. Melisch erläuterte die demografische Entwicklung in den USA aus kritischem Blickwinkel und führte nachvollziehbare Zusammenhänge für die schleichende Drangsalierung der weissen Bevölkerungsanteile auf, die in vielen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten schon jetzt eine ethnische Minderheit bilden.

Es ist nicht Gegenstand dieses Artikels, sich inhaltlich mit der äusserst blutigen Geschichte der USA auseinanderzusetzen und den damit im Kontext stehenden Völkermord an den nordamerikanischen Ureinwohnern aufzuarbeiten. Vielmehr erkennen wir in der Masseneinwanderung von Hispanics, Schwarzen und Mexikanern nach Amerika Parallelitäten zu Europa und wissen diese Entwicklung als unheilrohendes Zeichen zu deuten. So wie die weissen Amerikaner gemäss Hochrechnung schon bald in der Bedeutungslosigkeit der Rassenvermischung verschwinden werden, so laufen auch die europäischen Völker Gefahr, im Chaos dieser sich bewegenden Völker- und Rassenmassen gänzlich zu versinken. Noch besitzen wir jedoch die Mittel, in Form eines gemeinsamen Kraftaktes aller Europäer den internationalen Machthabern das Handwerk zu legen und auf den Trümmern dieses Systems eine neue und für die Freiheit und Vielfalt der Völker unabdingbare Ordnung zu errichten.

Die 7 Ziele der Europäischen Aktion sind praxisnah und umfassen alle Notwendigkeiten für eine gemeinsame Rückeroberung Europas. Tretet mit uns in Kontakt und werdet Teil der Europäischen Freiheitsbewegung.

Wir bedanken uns abschliessend nochmals bei Pierre Dornbrach und Richard Melisch für ihre herausragenden Beiträge zu diesem gelungenen Abend.

Europäische Aktion Liechtenstein

Kategorie: Veranstaltungsberichte

12. 04. 2014

# Richtigstellung / Stellungnahme der Volkstreuen Jugend zum Monitoringbericht 2013 „Rechtsextremismus in Liechtenstein“

Administrator / 13. Mai 2014

Richtigstellung / Stellungnahme der Volkstreuen Jugend zum Monitoringbericht 2013 „Rechtsextremismus in Liechtenstein“

Montag - 5. Mai 2014 | 15:25

## Keine Gewaltvorfälle, Rechtsextreme aber weiter aktiv

VADUZ - Die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen beschränkten sich in Liechtenstein im vergangenen Jahr weitgehend auf Flugblattaktionen und Internetmeldungen. Ein Ruhepolster für die Gesellschaft ist dies allerdings nicht, wie Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer am Montag deutlich machte.



Vor wenigen Tagen wiederholte sich die jährliche Präsentation des Monitoringberichts über „Rechtsextremismus in Liechtenstein“. Dieser Bericht – 2010 erstmals verfasst und veröffentlicht – soll alle mit dem Mythos des „Rechtsextremismus“ im Zusammenhang stehenden Vorfälle dokumentieren und zwecks Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dieses Dokument ist integraler Bestandteil des 2010 von der liechtensteinischen Regierung ins Leben gerufenen „Massnahmenkataloges gegen Rechtsextremismus“. Wie schon in den vorangegangenen Jahren, wurde auch 2014 medienwirksam auf die Veröffentlichung des Monitoringberichtes hingewiesen. Sowohl der Liechtensteiner

„Es ist mir ein zentrales Anliegen, bei dieser Gelegenheit einmal mehr deutlich zum Ausdruck bringen, dass die Regierung Rechtsextremismus und damit jedwelche fremdenfeindlichen und rassistischen Bestrebungen in unserer Gesellschaft klar verurteilt“, sagte Thomas Zwiefelhofer am Montag bei der Vorstellung des Monitoringberichtes 2013 Thema Rechtsextremismus. Es sei höchst bedauerlich, dass es in Liechtenstein offenbar vereinzelt Menschen gibt, die in rechtsextremen Weltanschauungen eine ideologische Heimat suchen. „Dass diese auch noch als Gruppe EA Liechtenstein Gleichgesinnte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in unser Land einladen und in der Region Veranstaltungen abhalten, ist äusserst bedenklich“, betonte Innenminister Zwiefelhofer.

„Liechtensteiner Vaterland“ unter dem Titel „Keine Toleranz für Rechtsextremismus“ nachzulesen war, soll sich gemäss den Ausführungen des verantwortlichen Berichtautors, Wilfried Marxer, für das Jahr 2013 ein Rückgang der rechtsextremen Aktivitäten verzeichnen lassen. Zustimmung und Ergänzungen zu den Ausführungen Marxers gab es von Innenminister Thomas Zwiefelhofer sowie dem Polizeichef und Gewaltschutzkommissionsvorsitzenden Jules Hoch. Sowohl der Inhalt wie auch die öffentliche Vermarktung des Berichtes gestalten sich gänzlich gewohnt nach den Leitlinien des „Kampfes gegen rechts“. Allein die Wortwahl – sowohl im Bericht wie auch den Pressemitteilungen – ist charakteristisch für die hetzerische Desinformation dieser Propaganda, denn man ist sich vollends im Klaren über die psychologische Wirkung von vorurteilsbehafteten Begriffen wie „rechte Szene“, „Rechtsextremismus“ „braune Gedanken“ usw., gerade dann, wenn man diese in einem Bericht in den Zusammenhang mit Fremdenhass, Gewalt, Rassismus und dergleichen stellt. Unter dem Einsatz solcher Schlagwörter gelingt es den Verantwortlichen gegenwärtig, Akzeptanz und von gewissen Personenkreisen gar Zustimmung für ihre äusserst fragwürdigen Aktivitäten zu schaffen.

Wir verweisen an dieser Stelle auf unsere ausführliche Literatur im Weltnetz, insbesondere auf die Rubrik „Vorurteile/Fragen“. Diese Rubrik haben wir explizit eingerichtet, um wiederholt an uns herangetragene Vorwürfe eines demokratiefeindlichen, fremdenfeindlichen, gewalttätigen und rechtsextremen Wesens nachdrücklich zu dementieren und von uns zu weisen.

Immer aktuell informiert:  
RSS-Feed der VJFL



Altermedia Deutschland - Topliste

<http://logr.org/vjfl/vorurteile-fragen/>

Es steht ausser Frage, dass die Verantwortlichen des Monitoringberichtes Einblick in diese Literatur genommen haben und unsere Ausführungen dennoch wissentlich missachteten und untergraben. Immer wieder bezichtigt man uns, Träger einer fremdenfeindlichen und gewaltverherrlichenden Ideologie zu sein oder stellt uns eine Wesensverwandtschaft zum historischen Nationalsozialismus nach. Dieses durchtriebene Verhalten ist lebendiger Ausdruck eines moralisch bankrotten Systems, in dem die Herren Marxer, Zwiefelhofer und Hoch lediglich als Amtsträger einer strukturellen Diskriminierung volkstreuere und freiheitlicher Kräfte fungieren. Nebst ihren Amtskollegen der etablierten Politik sowie den Erfüllungsgehilfen im Kreise der meinungsbildenden Massenmedien, sind sie jedoch selbst nur ein kleines Rad im Getriebe dieser „Fortschritts-Gesellschaft“ und der zusammenwachsenden Welt der Finanzmächte, an deren Führungsspitze ein „ausgewählter“ und erhabener Menschenschlag erscheint.

Das Trio zieht denn auch eine positive Bilanz aus dem zurückliegenden Jahr und lässt es nicht aus, sich selbst und die staatlichen Repressionsmassnahmen gegen uns zu beweihräuchern. Das sich selber zugespielte Lobeslied erfährt seinen Höhepunkt in der Behauptung, das Ausbleiben jeglicher Gewaltakte seien die Früchte der eigenen Bemühungen. Pfui Teufel, wie dieses Eigenlob doch stinkt!

Um dieser Haltung den Wind etwas aus den Segeln zu nehmen, sei nachfolgend gesagt: Die von euch gezogene Bilanz ist eine reine Verfälschung und Tatsachenverdrehung. Die von euch ausgehenden Repressalien, die übrigens eines demokratischen und vor allem souveränen Staates unwürdig sind, haben unseren Aktivismus nicht einmal ansatzweise eingeschränkt oder zum Erliegen gebracht und werden dies auch zukünftig nicht tun. Die nicht vorhandenen Gewaltdelikte sind keineswegs auf eure präventiven Bemühungen zurückzuführen, sondern Zeichen unseres gesitteten Moralverständnisses, wonach Gewalt als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele aus tiefster Überzeugung abzulehnen ist.

Wie in den Jahren zuvor, suchten wir auch in diesem Jahr vergebens nach einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den geistigen Grundlagen unseres Wirkens. Lediglich von „politisch abstrusen“ Forderungen sowie „wirren“ Inhalten wird lamentiert.

Doch auf konkrete Beispiele, was genau daran so abstrus und wirr sein soll, wartet der Leser vergebens. Die inhaltliche Leere des vorliegenden Berichtes ist bezeichnend für die Hilfslosigkeit im Umgang mit unseren Zielen und kann treffend als Akt der Verzweiflung betrachtet werden. Der Inhalt ist im Grunde der sprichwörtlich „alte Wein in neuen Schläuchen“ und beschränkt sich abermals auf das plumpe Zusammentragen aller „Vorfälle“ aus dem Jahre 2013 sowie der Publikation eines Teiles unserer Schriften sowie Pressemitteilungen über uns. Es weckt den Anschein, als fehle es dem Autor an Ideenreichtum zur inhaltlichen Bestückung des Berichtes. Um das Dokument dennoch auf einen Umfang von – man staune – 47 Seiten zu bringen, werden beispielsweise Broschüren der Gewaltschutzkommission mit dem Aufruf gegen Gewaltvideos auf elektronischen Geräten eingefügt. Lieber Herr Marxer, wie an vorangegangener Stelle bereits ausgeführt ist es für die VJFL ein Selbstverständnis, sich ebenfalls gegen jegliche Form der Gewalt ausszusprechen. Nun möchten wir aber die etwas polemische Frage aufwerfen: Was bitte haben Gewaltvideos auf elektronischen Geräten mit unserer politischen Aufklärungsarbeit zu tun? Eine Erklärung tut Not. Gerne erwarten wir diese im nächsten Bericht über das laufende Jahr 2014.

Auf Seite 16 des Dokumentes ist ein Artikel des Liechtensteiner Volksblatt, datiert auf den 31. Januar 2013 abgebildet, welcher den Titel „Gute Menschenrechtsbilanz für Liechtenstein“ trägt. Besagte Pressemitteilung handelt von der periodischen Überprüfung Liechtensteins durch den UNO-Menschenrechtsrat und der daraus hervorgegangenen, insgesamt guten Menschenrechtsbilanz für Liechtenstein. Die zuständige Regierungsrätin Aurelia Frick hob in ihrem zuvor eingereichten Länderbericht die wichtigsten Punkte im Bereich der Menschenrechte hervor und siehe da – nebst vielen anderen äusserst fragwürdigen Punkten rühmt sie den Massnahmenplan gegen Rechtsextremismus als wichtigen Baustein zur Wahrung der Menschenrechte. Wie war das nochmal? Ein repressiver Massnahmenkatalog gegen Andersdenkende als wichtiger Baustein zur Einhaltung der Menschenrechte?

An dieser Stelle sei an gewisse Proklamationen in der Europäischen Menschenrechtskonvention erinnert:

Artikel 9: Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

(1) Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen.

(2) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekennen, darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die öffentliche Sicherheit, zum Schutz der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.

#### Artikel 10: Freiheit der Meinungsäußerung

(1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.

#### Artikel 14: Diskriminierungsverbot

Der Genuß der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, **der politischen oder sonstigen Anschauung**, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status zu gewährleisten.

Dieser Teilabschnitt der Europäischen Menschenrechtskonvention gibt Aufschluss über die verbrieften Menschenrechte, wie sie gemäss Artikel 14 für ALLE Menschen zu gelten haben. Die Frage, weshalb diese Menschenrechte jedoch für uns nicht zum Tragen kommen, lässt sich relativ simpel beantworten. Die Wahrnehmung der in den Menschenrechten verankerten individuellen „Freiheiten“ könne – man höre und staune – eingeschränkt werden, sofern diese gesetzlichen Vorschriften unterliegen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung einer demokratischen Gesellschaft gefährden. Im Demokratieverständnis der selbsternannten Demokraten reicht es also aus, Einzelpersonen oder ganze Interessensgemeinschaften als demokratiefeindlich zu erklären und ihnen kurzum das Recht zur Wahrnehmung von allgemeinverbindlichen Menschenrechten abzuspochen. Die Menschenrechte selbst sind also de facto Mittel zum Zweck zur Ausübung von Gewalt in diesem Herrschaftsapparat Namens Demokratie. Diejenigen, die sich als wahrhaftige Verfechter demokratischer Werte und Menschenrechte sehen, sind in Wahrheit jene, die exakt diese mit Füßen treten.

Zurück nach Liechtenstein: Führt man sich dies alles vor Augen, so erscheint das Wirken des zauberhaften Trios und ihres Anhanges urplötzlich in einem gänzlich anderen Licht. Jetzt verstehen wir auch, weshalb Jules Hoch so stolz zu berichten weiss, uns das Recht auf Versammlungsfreiheit und das Recht zur Anmietung von Räumlichkeiten abzuspochen. Zitat aus dem Liechtensteiner Vaterland vom Dienstag, 06.Mai 2014:

„ Ein Beispiel dafür seien die Bemühungen der Europäischen Aktion Liechtenstein, eine Veranstaltung in Liechtenstein durchzuführen. Weil man in sehr gutem Kontakt mit den Gemeinden stehe und diese stark auf das Thema sensibilisiert seien, sei es für die Europäische Aktion fast unmöglich, eine geeignete Räumlichkeit zu mieten.“

Der Vorsitzende der Gewaltschutzkommission und Polizeichef begeht seine Unterdrückungsmassnahmen gegen Aktivisten einer völlig legitimen und naturgesetzlich verankerten Weltanschauung offen mit dem Taler der Demokratie und der Menschenrechte. Was sich hinter diesem Mantel verbirgt, ist in Wahrheit ein Diktat der selbsternannten Demokraten über den freien Willen der Menschen.

Wehe dem, der von den Demokraten als demokratiefeindlich verunglimpft wurde, denn für ihn scheinen ihre „Rechte“ ausser Kraft zu sein.

Volkstreue Jugend Fürstentum Liechtenstein

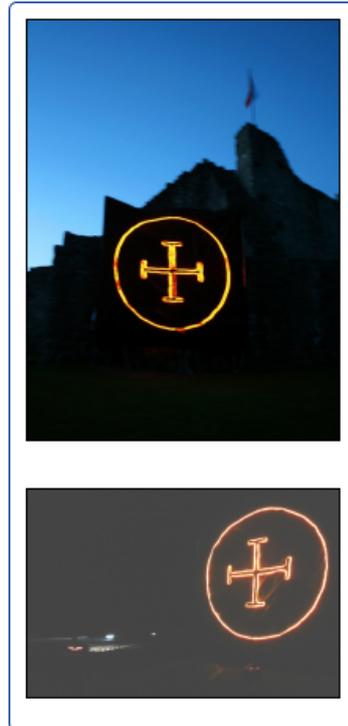
## Aktion Leuchtdiode der EA Liechtenstein

Die kreative Form der politischen Agitation innerhalb der Europäischen Aktion hat im zurückliegenden Sommermonat August ihre Fortsetzung gefunden. Nach intensiver Vorbereitung und künstlerischem Wirken, sind Aktivisten der EA Liechtenstein an zahlreich exponierten Standorten in Begleitung eines mit LED-Lichtschläuchen bestückten Stofftransparentes in Erscheinung getreten, welches über eine Fläche von rund 20m<sup>2</sup> verfügte. Die auf dem Transparent angebrachten Leuchtdioden stellten gut erkennbar das Hammerkreuz der EA dar und so erhellte das Wappen der Freiheitsbewegung Europas wiederholt und auf mehrere Standpunkte verteilt das nächtliche Dunkel in und um Liechtenstein. Die Mobilität dieser Aktion erlaubte eine stete Durchführung in unmittelbarer Nähe des zahlreich passierenden Nah- und Fernverkehrs.

Das wiederholt einem breiten Personenkreis zur Ansicht freigegebene Wappen der EA bringt seine Wirkung in der Form zum Ausdruck, wie es die in diesen Breitengraden bereits bekannten 7 Ziele abermals ins Gedächtnis der Menschen ruft.

Die Neuordnung Europas vollzieht sich bekanntlich nicht von heute auf morgen, sondern bedingt das immer wiederkehrende Bekanntwerden unserer Ziele, deren Durchsetzung eine unabdingbare Voraussetzung für die Befreiung der gegenwärtig noch schläfrigen Europäer aus der selbstzerstörerischen und totalitären EU darstellen.

Auch wenn der weltweit installierte Machtapparat der Zionisten tiefe Verstrickungen aufweist und gegenwärtig die perversen Mittel zur Versklavung der Völker in den Händen hält, so wankt dieser Koloss gewaltig und weiss um die „Bedrohung“, welche von freiheitsliebenden Menschen ausgeht. Die zunehmenden Repressionen gegen den Selbsterhaltungswillen der europäischen Völker darf im eigentlichen Sinne durchaus als Erfolg gewertet werden, schliesslich demaskiert er die „Demokraten“ als das, was sie sind: Die Erfüllungsgehilfen zur Umsetzung des genetischen Völkermordes an den



Europäern, welcher unter Regie des angloamerikanisch-jüdischen Weltherrschaftskommandos steht.

Dieses lebensfeindliche und dekadente System schwebt als Damoklesschwert scheinbar unsichtbar über uns und ermöglicht dem internationalen Völkerfeind den unverblühten Rückbau unserer biologischen sowie geistig/seelischen Existenz.

Die 7 Ziele der EA sind die Träger des europäischen Ordnungsgedankens der Zukunft, welcher die vitalen Kräfte der Völker Europas freizusetzen vermag und ihnen in dieser Stunde der höchsten Not die Notwendigkeit eines gesamteuropäischen Aufbegehrens verdeutlicht.

Der Weg zur Neuordnung Europas führt über die Umsetzung dieser 7 Ziele. Verschaffen wir ihnen also Gehör und senden so unser Signal an die Völker Europas.

**Europa auf!**

Europäische Aktion Liechtenstein

[Anmerkungen: Die „Europäische Aktion“ ist mit dem ersten Eintrag vom 15. September auch auf Facebook präsent. 158 Personen gefällt das (26. Mai 2015).

2014 wurden rund 50 Einträge getätigt. Sie stellten einerseits die Ziele der EA anhand ihrer eigenen Flyer vor. Andererseits wurden aktuelle Ereignisse aus der Perspektive der EA kommentiert. Dies waren sowohl internationale wie auch nationale Ereignisse: Asylpolitik und Flüchtlingsthema, Ukraine Konflikt, Meinungsfreiheit, Neonazi-Szene, Moscheen, Demokratie, Palästina und andere.]



# VOLKSTREUE JUGEND FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Startseite    Prinzip & Beweggründe der VJFL    Lexikon    Leitthemen    Zitate    Vorurteile / Fragen    Stellungnahmen

## SÄG WAS DENKSCH!

Administrator / 25. September 2014

DIE ZEITEN SIND REIF FÜR VERÄNDERUNG... SAG WAS DU DENKST!

ENTFACHE DAS FEUER DER WAHRHEIT

**„IN EINER ZEIT DES UNIVERSALBETRUGES IST DIE WAHRHEIT ZU SAGEN EINE REVOLUTIONÄRE TAT.“**  
- GEORGE ORWELL -

MIR LEBEN I ARA ZIT WO GLOGA UND BETROGA WIARD WOS NUR GOHT, WO VO LINKA VOLKSVERHETZER UND GELDGEILA KAPITALISTA REGIERT WIARD. DER NORMALE BJÜRGER GIT SICH MET DER AKTUELLA LAG ZFREDA UND NIMT DER SKANDALÖS ZUASTAND SO HER WIANER ISCH, WELL MA JO SOWIESO AGEBLICH NIX VERÄNDERA KHA. WER HETS NONED GHÖRT? „MA KA JO EH NIX DAGEGA TUA.“ AM STAMMTESCH REGT MA SICH ABER GROSSKOTZIG ÜBER ALLES UND JEDER UF, SELBER LEBT MA ABER GENAU DAS MET WOMA IM KLINA KREIS KRITISIERT. A NATÜRLICH, VOLKSBEWUSSTI UND POSITIVI LEBESHALTIG SUACHT MA MEISCHT VERGÄBA. D URSACHA DAFOR SIN VERSCHEDA; VO KLI UF WÖREN MIAR MET MATERIALISMUS UFZOCHA, DER PERSÖNLICHE WOHLSTAND UND DER BESCHT LEBENSSTANDARD ISCH S HÖCHSTE ZIEL WO MIAR NO HA SÖLLEN, GELD, ERFOLG UND PERSÖNLICHA WOHLSTAND BESTIMMEN D DENKWIS UND S HANDLA VO DA MENSCHA. WERT WIA CHARAKTER, EHRLICHKEIT, PFLICHTBEWUSSTSI UND SOLIDARITÄT SPELEN, WENN OBERHAUPT, A KLINI ROLLA. DIA ZERSTÖRERISCH LEBESISTELLIG WIRD US ÜBER KUARZ ODER LANG IN ABGRUND FÜAHRA. MIAR US DER VOLKSTREUA JUGEND SEHEN US IR PFLICHT EPIS GEGA DIA ZUASTAND ZTUA. KULTURELLI UND GEISTIGI WERT HON I JEDEM FALL VORRANG VOR MATERIELLA. MIR WENN AKTIV IM KAMPF FÜR DER ERHALT ÜSERA HEIMAT UND ÜSEREM VOLK BEITRAGA UND NED TATALOS ZUALUAGA. WIESO SEGEN VIEL IM KLINA KREIS DAS SI NED ZFREDA SIN ABER NOCH OSSA NED? „DU SÖTSCH SÄGA WAS DENKSCH.“ WÖRT DIR IMMER GSEHT, DASS ABER NUR DAS SEGA SÖLSCH, WAS DU SÄGA DÖFSCH, WIRD DER VIELLECHT LANGSAM ABER SEHER BEWUSST. WEND NÄMLICH AMOL EPIS SESCH WO GEGA ÜSERS SYSTEM ISCH ODER DI TRAUSSCH EPIS GEGA „MENSCHA MIT MIGRATIONSINTERGRUND“ Z SEGA (ES REICHT SCHO WEND SESCH ES SEIEN USLÄNDER ODER KO LIACHTASTONER) ODER BEISPIELSWIS S AKTUELLE WELTGSCHENA BEURTEILA WETSCH WO GEGA DIA HERRSCHEND, VO DA GLENKTA MEDIA UFGSCHÄTZTA MOHNIG ISCH, DENN WÖRSCH ABGSTEMPELT. WEND DENN NO DAZUA SESCH DAS ZU DIM LAND UND DIRA HERKUNFT STOHSCH BISCH DER RECHTSEXTREMIST, DER NAZI, DER EWIGGESTRIGE-USLÄNDERFEINDLICHE RASSISCHT.

ES ISCH ALSO ZIT FÜR A VERÄNDERIG. ÜBER GANZ EUROPA HINWEG GOHT D JUGEND UF D STROSS, ZUM GEGA DIA VERHÄLTNISS AZKÄMPFA.

DASES O ENDLICH IM LIACHTASTO SO WIARD:

**SÄG WAS DENKSCH!**

VOLKSTREUE JUGEND FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN /// LOGR.ORG/VJFL



25. September 2014 in Material, VJFL

Immer aktuell informiert:  
RSS-Feed der VJFL

